



BStr. 3/70
st

URTEIL
DES
SCHWEIZERISCHEN BUNDESGERICHTS

B U N D E S S T R A F G E R I C H T

27. November 1970

Mitwirkend die Herren Bundesrichter Schmid als Präsident,
Cavin, Huber, Forni und Rüedi; Gerichtsschreiber Imboden.

In Sachen

Schweizerische Bundesanwaltschaft,
vertreten durch Bundesanwalt Dr. Hans Walder,

gegen

1. Gabriel Lebedinsky, geb. 16. Juli 1914 in Zürich, von Oberengstringen/ZH, des Nahum Gregor und der Lea geb. Lewin, verheiratet mit Maria Johanna geb. Frei, Kaufmann/Chemiker, wohnhaft Bachtelstrasse 28, Wetzikon, vom 26.11.1968 bis 12.12.1968 in Untersuchungshaft gewesen, privat verteidigt durch Rechtsanwalt Dr. Max Rottenberg, Dufourstrasse 32, Zürich,
2. Dr. Alexandre Gelbert, geb. 29. September 1910 in Sofia, von Bionnens/FR, des Charles und der Jeannette geb. Sternberg, verheiratet mit Ruth geb. Botta, Kaufmann, Dr.chem., wohnhaft Haus im Rebberg, Geroldswil, privat verteidigt durch Rechtsanwalt Dr. Diether von Rechenberg, Talacker 35, Zürich,

3. Max Meili, geb. 14. Juli 1901 in Neuhausen a.Rh., von Hörhausen-Gündelhart/TC und Zürich, des Josef Franz und der Maria geb. Haselmeier, verheiratet mit Gertrud Lina geb. Buchmeier, Prokurist, wohnhaft Flühgasse 49, Zürich, vom 20.11.1968 bis 29.11.1968 in Untersuchungshaft gewesen, privat verteidigt durch Rechtsanwalt Dr. Jürg Meister, Löwenstrasse 40, Zürich,
4. Ernst Josef Sylvester Dietrich Bührle, geb. 31. Dezember 1921 in Ilsenburg (D), von Zürich, des Emil und der Charlotte geb. Schalk, verheiratet mit Dorothea geb. Meier, Industrieller, Dr.iur., wohnhaft Dorfstrasse 24, Zumikon, privat verteidigt durch Rechtsanwalt Dr. Jean-Claude Wenger, Seegartenstrasse 2, Zürich,
5. Karl Jörg Seidemann, geb. 1. Juli 1928 in Neschwil/ZH, von Zürich, des Karl Josef und der Julie geb. Meili, verheiratet mit Margarethe geb. Stoller, Prokurist, wohnhaft Rainstrasse 123, Dällikon, privat verteidigt durch Rechtsanwalt Dr. Rudolf Vetter, Seefeldstrasse 62, Zürich,
6. Max Rubli, geb. 13. April 1912 in Zürich, von Dachsen/ZH, des Kaspar und der Hanna geb. Baumgartner, verheiratet mit Dorothee geb. Binder, Maschineningenieur, wohnhaft Takanawa 1-5-39, Minato-Ku, Tokio, privat verteidigt durch Rechtsanwalt Dr. Karl Seiler, Löwenstrasse 17, Zürich,
7. Hans Abplanalp, geb. 25. September 1921 in Zürich, von Zürich und Meiringen, des Friedrich und der Anna geb. Graf, verheiratet mit Charlotte geb. Wolff, Kaufmann, wohnhaft Griesernweg 22, Zürich, privat verteidigt durch Rechtsanwalt Dr. Rudolf Vetter, Seefeldstrasse 62, Zürich,

betreffend

Widerhandlungen gegen den Bundesratsbeschluss vom 28. März 1949 über das Kriegsmaterial, Urkundenfälschung, Unterdrückung von Urkunden und Begünstigung,

hat das Bundesstrafgericht auf Grund der vom 23. bis 26. November 1970 im Bundesgerichtsgebäude in Lausanne durchgeführten Hauptverhandlung

f e s t g e s t e l l t :

A.- 1. Gabriel Lebedinsky ist in Zürich und Riga als Sohn eines Universitätsprofessors aufgewachsen. Im Jahre 1933 bestand er am Deutschen Gymnasium in Riga die Maturitätsprüfung. Nachher kehrte er in die Schweiz zurück. Seine Eltern blieben in Riga. Sie kamen 1942 bei einem Luftangriff ums Leben. Von 1933 bis 1939 studierte Lebedinsky an der Universität Zürich Philosophie II mit Chemie als Hauptfach. Wegen finanzieller Schwierigkeiten musste er das Studium zur Zeit der ersten Mobilmachung abbrechen. Im Jahre 1940 trat er in die Werkzeugmaschinenfabrik Oerlikon ein, wo er sich vom Chemie-Laborant zum Direktor und Leiter der Waffen-Verkaufsabteilung emporarbeitete.

Lebedinsky ist seit 1940 verheiratet und hat einen Sohn. Er leistete als Gefreiter Militärdienst. Seit 1949 wohnt er in Wetzikon, wo er ein eher zurückgezogenes Leben führt und einen sehr guten Leumund genießt. Im Jahre 1969 versteuerte er Fr. 184'900.-- Einkommen und Fr. 1'082'000.-- Vermögen.

2. Alexandre Gelbert ist als Sohn eines Rechtsanwaltes in Sofia geboren. Im Jahre 1912 kam er mit sei-

nen Eltern nach Genf, wo er die Primarschule, das Gymnasium und die Universität besuchte und seine Studien mit dem Doktor der Chemie abschloss. Von 1939 bis 1946 arbeitete er in der Waffenabteilung der Hispano-Suiza in Genf. Infolge Explosion eines Geschosses verlor er 1941 eine Lunge und einen Finger. Im Jahre 1949 trat er in die Werkzeugmaschinenfabrik Oerlikon ein. Er wurde 1958 zum Prokuristen, 1962 zum Verkaufsdirektor und 1963 zum Vizedirektor der Waffen-Verkaufsabteilung befördert. Er befand sich meistens auf Reisen. Er sagt von sich, dass er Spezialist für Waffen und Munition sei.

Gelbert ist seit 1936 verheiratet und hat vier Kinder, drei eigene und ein Pflegekind, aufgezogen. Vom Militärdienst war er befreit. Da er sich viel im Ausland aufhielt, ist er an seinem Wohnort nur wenig bekannt. Im Jahre 1969 versteuerte er Fr. 79'500.-- Einkommen und Fr. 28'000.-- Vermögen.

3. Max Meili ist als Sohn eines Sparkassenverwalters in Ermatingen aufgewachsen. Er besuchte das Gymnasium in Konstanz und die Kantonsschule in Frauenfeld, wo er 1921 die Maturitätsprüfung ablegte. Dann war er als Buchhalter und Korrespondent bei verschiedenen Banken, Handelsgesellschaften und Fabriken tätig. Von 1937 bis zu seiner Pensionierung Ende 1968 arbeitete er in der Werkzeugmaschinenfabrik Oerlikon, wo er 1950 zum Prokuristen ernannt wurde und bis Frühjahr 1967 administrativer Chef der Waffen-Verkaufsabteilung war.

- 5 -

Meili heiratete zweimal. Beide Ehen blieben kinderlos. Militärdienst brauchte er nicht zu leisten. An seinem letzten Arbeitsort galt er als fleissig und zuverlässig, aber auch als servil, an seinem Wohnort als freundlich und anständig. Er versteuerte 1968 Fr. 64'000.-- Einkommen und Fr. 136'000.-- Vermögen.

4. Dietrich Bührle kam 1923, als seinem Vater die Geschäftsleitung der Werkzeugmaschinenfabrik Oerlikon übertragen wurde, mit den Eltern von Ilsenburg nach Zürich. Hier besuchte er die Schulen und studierte nach der Maturitätsprüfung im Jahre 1940 Jurisprudenz; 1951 bestand er das Doktorexamen. Er durchlief zudem eine Banklehre und hielt sich ein Jahr in den Vereinigten Staaten auf. Im Jahre 1953 trat er in den Dienst des Vaters, der die Werkzeugmaschinenfabrik durch Kauf der Aktien erworben hatte. Als sein Vater 1956 starb, übernahm er die Leitung des Unternehmens.

Bührle ist verheiratet und Vater von zwei Kindern, lebt heute aber von seiner Familie getrennt. Er ist seit 1942 Offizier und steht zur Zeit als Oberst zur Verfügung des Generalstabschefs. Er gilt als hervorragender Geschäfts- und Wirtschaftsführer, der im Verkehr mit Angestellten und Arbeitern sehr umgänglich und freundlich ist. Im Privatleben vermeidet er jedes Aufsehen. Er versteuerte 1968 Fr. 3'238'000.-- Einkommen und Fr. 125'000'000.-- Vermögen.

5. Karl Seidemann ist als Sohn eines Primarlehrers in Schwamendingen aufgewachsen. Er besuchte die Primar-

- 6 -

und die Sekundarschule. Von 1943 bis 1947 war er bei der Werkzeugmaschinenfabrik Oerlikon als Verwaltungsangestellter in der Lehre und besuchte ausserdem eine Handelsschule; er schloss sie mit einem Diplom. Nach einem Unterbruch von drei Jahren trat er 1951 erneut in die Werkzeugmaschinenfabrik ein. Im Jahre 1956 wurde er der Abteilung Waffenhandel (Unterabteilung der Waffen-Verkaufsabteilung) zugeteilt und am 16. Mai 1967 als Nachfolger Meilis zum administrativen Leiter der Waffen-Verkaufsabteilung ernannt.

Seidemann ist verheiratet und Vater von zwei Kindern. Er leistet als Kanonier Dienst bei den Fliegerabwehrtruppen. Der Personalchef hält ihn für einen initiativen und interessierten Angestellten, der seine Aufgabe rasch erfasse. Am Wohnort geniesst er einen guten Ruf. Er versteuerte 1969 Fr. 35'100.-- Einkommen. Vermögen besitzt er keines.

6. Max Rubli ist als Sohn eines Fabrikdirektors in Arbon aufgewachsen. Er besuchte verschiedene Schulen, zuletzt die Eidg. Technische Hochschule in Zürich, wo er 1931 mit dem Diplom eines Maschineningenieurs abschloss. Im Jahre 1941 trat er in die Werkzeugmaschinenfabrik Oerlikon ein. Er war dort zuerst in der Elektrodenfabrik und von 1962 an in der Waffen-Verkaufsabteilung als Sachbearbeiter für den Fernen Osten tätig. Seit 1968 vertritt er die Oerlikon-Bührle-Holding AG in Japan.

- 7 -

Rubli ist verheiratet, hat aber keine eigenen Kinder. Er ist nicht mehr wehrpflichtig. Er gilt als freundlich und zuvorkommend und wurde im Betrieb von seinen Mitarbeitern sehr geschätzt. Er versteuerte 1968 Fr. 59'000.-- Einkommen und Fr. 27'000.-- Vermögen.

7. Hans Abplanalp ist seit 1937, als er eine kaufmännische Lehre begann, bei der Werkzeugmaschinenfabrik Oerlikon tätig. Als Buchhalter hatte er sich von 1946 an insbesondere mit dem gesamten Zahlungsverkehr, einschliesslich demjenigen aus dem Waffenverkauf, zu befassen.

8. Die Werkzeugmaschinenfabrik Oerlikon (WO) ist seit ihrer Uebernahme durch Vater Bührle ein Familienunternehmen, das bis Ende 1967 rechtlich eine Kommanditgesellschaft war und seither eine Aktiengesellschaft ist. Bührle besitzt 49%, seine Schwester 51% der Aktien. Er war bis 1969 einziges Verwaltungsratsmitglied.

Die WO umfasst je eine Fabrik- und eine Entwicklung/Konstruktionsabteilung sowie drei Verkaufsabteilungen. Zu diesen gehört auch die Waffen-Verkaufsabteilung. Jeder Abteilung steht ein Direktor vor. Von 1963 bis zu seiner Entlassung Ende Januar 1969 nahm Lebedinsky diesen Rang bei der Waffen-Verkaufsabteilung ein. Seit April 1967 untersteht die WO einem Direktionspräsidenten. Auf diesen Posten wurde Dr. Lanter berufen, der 1956 in die WO eintrat und dort zunächst in der Ad-

ministration und dann als Leiter des zivilen Bereichs tätig war. Die WO erzielte in den Jahren 1964/1969 einen Gesamtumsatz von Fr. 896'653'000.--, wovon Fr. 539'992'000.-- auf die Waffen-Verkaufsabteilung entfielen.

Die WO gehört zum Oerlikon-Bührle-Konzern, der in Form einer Holding AG sieben Firmengruppen mit insgesamt 70 Gesellschaften in 17 verschiedenen Ländern umfasst. Bührle ist Verwaltungsratspräsident der Holding und Chef des Konzerns. Der Konzern war bis 1967 ziemlich locker, ist seither jedoch straff organisiert. Sein Umsatz im militärischen Bereich belief sich in den Jahren 1964/1968 auf 1,7 - 1,9 Milliarden.

B.- 1. Nach Art. 41 BV bedarf einer Bewilligung des Bundes, wer Waffen oder sonstiges Kriegsmaterial herstellen, vertreiben und ausführen will. Die Bewilligung wird nur Personen und Unternehmungen erteilt, die vom Standpunkte der Landesinteressen aus die nötige Gewähr bieten (Abs. 2 und 3). Der Bundesrat ist unter Vorbehalt der Bundesgesetzgebung ermächtigt, die zum Vollzug nötigen Vorschriften zu erlassen (Abs. 4).

Gestützt auf diese Verfassungsbestimmung erliess der Bundesrat bereits in den Jahren 1938 bis 1946 wiederholt Vorschriften über Herstellung, Beschaffung und Vertrieb, Ein- und Ausfuhr von Kriegsmaterial. Diese Vorschriften sind durch den Bundesratsbeschluss vom 28. März

- 9 -

1949 über das Kriegsmaterial (KMB) abgelöst worden, der mit einigen Abänderungen und Ergänzungen noch heute gilt.

Der Beschluss von 1949 stellt die Herstellung, die Beschaffung und den Vertrieb von Kriegsmaterial unter die Aufsicht des Bundes und verbietet insbesondere, solches Material auszuführen; vorbehalten bleiben ausdrücklich erteilte Bewilligungen (Art. 1). Wer beabsichtigt, Kriegsmaterial herzustellen, solches zu beschaffen, um es zu verkaufen, sonstwie zu vertreiben oder davon Lager anzulegen, hat eine Grundbewilligung des Eidg. Militärdepartementes einzuholen (Art. 7 Abs. 1 lit. a und b). Die Bewilligung wird nur gut beleumdeten und vertrauenswürdigen Personen und Unternehmen erteilt. Erforderlich ist zudem, dass die Personen oder Unternehmen für eine ordnungsgemässe Führung der Geschäfte Gewähr bieten und dass die Bewilligung weder den Interessen der Landesverteidigung oder des öffentlichen Wohls noch zwischenstaatlichen Vereinbarungen widerspricht (Art. 9 Abs. 4). Wer Kriegsmaterial herstellen will, bedarf ausserdem einer Fabrikationsbewilligung (Art. 13).

Die Ausfuhr von Kriegsmaterial ist nur gestattet, wenn sie von der zuständigen Amtsstelle bewilligt wird. Die Bewilligung setzt voraus, dass es sich um die Lieferung an eine ausländische Regierung oder an eine von einer solchen mit einem Fabrikationsauftrag betraute Firma handelt und dass eine Erklärung dieser Regierung vorliegt, wonach das Material nur für das eigene Land benötigt und nicht wieder ausgeführt wird (Art. 15 Abs. 2,

Fassung gemäss BRB vom 23. Dezember 1960). Zum Beweise dafür, dass diese Voraussetzungen erfüllt sind, hat der Gesuchsteller vom Bestimmungsland eine Endverbraucher-Erklärung zu verlangen und sie dem Ausfuhrgesuch beizulegen. Ueber das Gesuch entscheidet eine Amtsstelle des Militärdepartementes, in besonderen Fällen dieses Departement im Einvernehmen mit dem Politischen Departement. Entscheide über grundsätzliche Fragen sind dem Bundesrat vorbehalten (Art. 15 Abs. 1, Fassung gemäss BRB vom 23. Dezember 1960).

2. Von diesem Entscheidungsrecht hat der Bundesrat wiederholt Gebrauch gemacht, indem er die Ausfuhr von Kriegsmaterial nach Ländern, in denen kriegerische Auseinandersetzungen stattfanden oder zu befürchten waren, schlechthin verbot oder für solche Länder bestimmtes Material mit einem Embargo belegte. Bereits am 8. November 1958 beschloss er, dass Israel und die Arabischen Staaten, zu denen auch Saudi-Arabien, Aegypten und der Libanon gehören, nicht mehr mit Kriegsmaterial aus der Schweiz beliefert werden dürfen und jedes neue Fabrikationsgesuch für Waffen nach diesen Ländern abzulehnen sei. Aehnliche Beschlüsse fasste er insbesondere am 6. Dezember 1963 gegenüber Südafrika, im Februar 1964 gegenüber Indonesien und Malaysia und am 28. April 1967 gegenüber Nigeria. Der Beschluss über Indonesien und Malaysia wurde im November 1966 aufgehoben.

C.- In der Zeit vom 6. Dezember 1963 bis Juni 1968 liessen Lebedinsky, Gelbert und Meili zusammen mit

- 11 -

weitere leitenden Angestellten der Waffen-Verkaufsabteilung der WO sieben Staaten, welche unter Embargo-Beschlüsse des Bundesrates fielen, für insgesamt Fr. 88'919'904.-- Kriegsmaterial zukommen. Das sind etwa 16% vom Umsatz, den die Abteilung in dieser Zeit erzielte. Sie gingen im allgemeinen so vor, dass sie der zuständigen Amtsstelle ein Ausfuhrgesuch zur Bewilligung von Lieferungen an ein Land unterbreiteten, das nicht unter einem Embargo stand, und dem Gesuch eine Endverbraucher-Erklärung dieses Landes beilegten. War die Bewilligung erteilt, so liessen sie das Kriegsmaterial zum Scheine an das angegebene Land senden, unterwegs aber durch die Speditionsfirma nach dem Bestimmungsland umleiten. Die Weisung zur Umleitung gaben Meili oder Gelbert. Um die verbotenen Lieferungen innerhalb der WO möglichst geheim zu halten, wurden die Betriebsaufträge zur Herstellung oder Beschaffung des Materials sowie die Rechnungen für die Buchhaltung ebenfalls auf das Tarnland ausgestellt.

Falsche Endverbraucher-Erklärungen beizubringen, war Sache Gelberts, der viel ins Ausland reiste, Absatzmöglichkeiten zu ermitteln und Kunden nachzugehen hatte. Die meisten falschen Erklärungen verschaffte er sich in Frankreich; sie stammten angeblich von Beamten der "Délégation Ministérielle pour l'Armement" des französischen Armeeministeriums, vom "Etat-Major particulier" des französischen Verteidigungsministeriums oder ähnlicher Amtsstellen. Gelbert gab sie an Lebedinsky oder Meili weiter, die gestützt auf die falschen Erklärungen die Ausfuhrgesuche vorbereiten liessen. Die Gesuche unterzeichne-

- 12 -

te in der Regel Meili zusammen mit Seidemann, vereinzelt auch Lebedinsky, Gelbert oder Rubli zusammen mit je einem weiteren Angestellten der WO. Mit ihrer Teilnahme an den verbotenen Lieferungen und deren Umfang verhielt es sich im einzelnen wie folgt:

1. Südafrika bestellte in den Jahren 1961/1963 bei der WO 36 Zwillingsgeschütze 35 mm, 119'200 Schuss 35 mm und 415'130 Schuss 30 mm Munition. Davon waren am 6. Dezember 1963, als der Bundesrat das Embargo gegen Südafrika beschloss, 28 Geschütze und 216'000 Schuss 30 mm Munition noch nicht geliefert; dieses Kriegsmaterial fiel daher unter die Ausfuhrsperrre. Um es gleichwohl ausführen und weiteren Bestellungen Südafrikas nachkommen zu können, verschaffte Gelbert sich im Einvernehmen mit Lebedinsky vier falsche Endverbraucher-Erklärungen aus Frankreich. Mit Hilfe dieser Erklärungen täuschten sie den Bundesbehörden in 13 inhaltlich ebenfalls falschen Ausfuhrgesuchen vor, das darin aufgeführte Kriegsmaterial sei für Frankreich bestimmt. Eines der Gesuche hat Lebedinsky, zehn haben Seidemann und elf Meili mitunterzeichnet. Zusammen mit je einem Dritten unterzeichnete Seidemann zudem zwei Transitgesuche, die von den französischen Behörden für die Durchfuhr von 550'000 Schuss 30 mm Munition verlangt wurden. Seidemann will die Ausfuhrgesuche stets im Glauben, sie enthielten wahre Angaben, unterschrieben haben, selbst nachdem er im Mai 1967 von Meili die administrative Leitung der Waffen-Verkaufsabteilung übernommen hatte.

- 13 -

Die Bundesbehörden liessen sich täuschen und bewilligten die Ausfuhr. Auf diese Weise erhielt Südafrika von der WO in der Zeit vom 9. April 1964 bis 28. März 1968 Kriegsmaterial für Fr. 54'243'245.--, insbesondere 36 Zwillingsgeschütze 35 mm, 325'000 Schuss 35 mm und 380'985 Schuss 30 mm Munition.

Bührle selbst erfuhr angeblich erst anfangs Juli 1965 durch Dr. Blättler, den Rechtsberater der Holding AG, von verbotenen Lieferungen nach Südafrika. Er will daraufhin angeordnet haben, dass dieses Land nicht mehr aus der Schweiz, sondern nur noch aus einer Fabrik im Ausland beliefert werde.

Als Ende 1968 gegen Angestellte der WO ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde, liess Lebedinsky eine Anzahl Kaufverträge, welche die WO mit Südafrika geschlossen hatte, sowie schriftliche Bestellungen dieses Landes vernichten.

2. Am 5. und 9. September 1964 lieferten Rubli und Meili Malaysia 10 Geschütze 20 mm. Auf Weisung Lebedinskys benutzten sie dazu eine auf Indonesien lautende echte Ausfuhrbewilligung, die mehrmals verlängert, für dieses Land aber nicht verwendet wurde. Zum Scheine liessen sie die Geschütze nach Indonesien ausführen, unterwegs jedoch umleiten. Eine weitere unerlaubte Lieferung bereiteten sie so vor, dass sie die Bundesbehörden am 21. Juni 1965 ersuchten, die Ausfuhr von 28 Geschützen 20 mm nach Thailand zu bewilligen, und dem Gesuch eine angeblich

- 14 -

von der thailändischen Marinepolizei ausgestellte Endverbraucher-Erklärung beilegte. Das Gesuch wurde bewilligt, die Bewilligung jedoch für die Ausfuhr von 14 Geschützen nach Malaysia verwendet.

Malaysia erhielt so im September 1964 und August 1965 insgesamt 24 Geschütze 20 mm im Werte von Fr. 619'203.--. Die schriftlichen Lieferaufträge Malaysias liess Lebedinsky Ende 1968 vernichten.

3. Mit Hilfe von neun unwahren Endverbraucher-Erklärungen aus Frankreich und drei solchen Bescheinigungen aus Iran täuschte Lebedinsky mit seinen Untergebenen den Bundesbehörden in 24 Ausfuhrgesuchen vor, es gehe um Bestellungen aus diesen Ländern, während es sich in Wirklichkeit um geplante Lieferungen nach Israel, in drei Gesuchen teils auch um Kriegsmaterial für Südafrika handelte. Bei fünf weiteren Gesuchen, die ohne Endverbraucher-Erklärungen eingereicht wurden und Zeitzündler sowie Radareinrichtungen betrafen, ging es entgegen den Angaben ebenfalls um Lieferungen nach Israel. Die falschen Erklärungen besorgte alle Gelbert. Von den Ausfuhrgesuchen, die mit zwei Ausnahmen alle bewilligt wurden, haben Meili 24, Seidemann 23 und Lebedinsky eines mitunterzeichnet. Seidemann unterschrieb zudem am 23. Mai und 5. Juni 1967 je ein Transitgesuch zuhanden der französischen Behörden, um die Umleitung von Kriegsmaterial nach Israel zu ermöglichen. Da damals auch Frankreich gegenüber Israel ein Embargo verhängt hatte, wurde in den Transitgesuchen Südafrika als Bestimmungsland angegeben. Seidemann will

- 15 -

auch bei den Lieferungen nach Israel, selbst nachdem er im Mai 1967 die administrative Leitung der Waffen-Verkaufsabteilung übernommen hat, nicht gewusst haben, dass die Behörden getäuscht wurden.

Von Ende Februar 1966 bis Ende September 1968 erhielt Israel durch unerlaubte Lieferungen der WO Kriegsmaterial im Werte von Fr. 17'504'537.--, nämlich 381'098 Schuss 30 mm Munition, 100'000 Zünder, 50 Trommelmagazine, 4'050 Raketen 8 cm, 2'000 Zeitzünder, 370'000 Zünderzündkapseln sowie verschiedene Radarbestandteile.

4. Durch Vertrag vom 16. Juni 1967 verpflichteten sich Lebedinsky und Meili namens der WO, Nigeria 48 Geschütze 20 mm und 100'000 Schuss 20 mm Munition zu liefern. Einen weiteren Vertrag mit diesem Land über die Lieferung von 48 Geschützen und 50'000 Schuss Munition schlossen sie am 5. Februar 1968. Um den Embargo-Beschluss des Bundesrates umgehen zu können, liess Gelbert sich am 3. Juli 1967 angeblich von einem Vertreter der Imperial Ethiopian Air Force die Endverbraucher-Erklärung ausstellen, dass die Lieferung der WO von 100 Geschützen 20 mm und 200'000 Schuss 20 mm Munition für Aethiopien bestimmt sei und nicht wieder ausgeführt werde. Die Erklärung wurde drei Ausfuhrgesuchen beigelegt, die angeblich Lieferungen nach Aethiopien betrafen. Zwei weitere Gesuche wurden ohne Endverbraucher-Erklärung, jedoch mit der Verpflichtung eingereicht, das Kriegsmaterial gegebenenfalls in die Schweiz zurückzunehmen. Meili hat

- 16 -

alle, Gelbert und Seidemann haben je zwei Gesuche mitunterzeichnet. Die Bundesbehörden bewilligten die Gesuche, widersprachen am 21. August 1968 aber eine Bewilligung; die übrigen wurden von der WO, wie vorgesehen, zu Lieferungen nach Nigeria missbraucht.

Nigeria erhielt so in der Zeit vom 19. Juli 1967 bis 26. März 1968 insgesamt 96 Geschütze 20 mm und 100'000 Schuss 20 mm Munition im Werte von Fr. 5'447'436.--. Im Auftrage Lebedinskys holte Seidemann im Februar 1968 einen Teil dieses Geldes in Paris ab.

Den Kaufvertrag vom 16. Juni 1967 liess Meili Ende 1968 auf Weisung Lebedinskys beseitigen, denjenigen vom 5. Februar 1968 teilweise abändern, um ein rechtmässiges Geschäft vorzutäuschen.

5. Zwei falsche Endverbraucher-Erklärungen, welche bereits im Falle Israel verwendet wurden, benutzten Gelbert und Meili im Einvernehmen mit Lebedinsky auch, um die Bundesbehörden in zwei Ausfuhrgesuchen über geplante Raketenlieferungen nach Saudi-Arabien zu täuschen. Die Gesuche, die Meili und Seidemann mitunterzeichneten, wurden bewilligt, das Kriegsmaterial daraufhin zum Scheine teils nach Iran, teils nach Frankreich ausgeführt und von dort nach Saudi-Arabien weitergeleitet; dieses Land erhielt so 4'000 Raketen 8 cm im Werte von Fr. 4'450'000.--.

Der Betrag wurde 1968 in Schweizer Währung der Industrie- und Handelsbank Zürich AG zuhanden der WO

- 17 -

überwiesen. Abplanalp ersuchte die Bank, mit dem Geld Dollarchecks zu kaufen, diese dem ordentlichen Konto der WO gutzuschreiben und den Betrag dann wieder in Schweizer Franken umzuwandeln. Abplanalp soll zudem 1968 eine unbestimmte Zahl von Quittungen und Belegen der Bank beseitigt haben, um die Lieferungen nach Saudi-Arabien zu verheimlichen und eine Strafverfolgung gegen die Beteiligten zu vereiteln.

6. Am 10. Februar 1968 schlossen Lebedinsky und Meili namens der WO mit Kamil, einem Vertreter Aegyptens, einen Kaufvertrag über 228 Geschütze 20 mm und 77'250 Schuss 20 mm Munition. Um die Bundesbehörden über das Bestimmungsland zu täuschen, verschaffte Gelbert sich in Addis-Abeba eine Endverbraucher-Erklärung, die zwei von Meili mitunterzeichneten Ausfuhrgesuchen für angebliche Lieferungen des Kriegsmaterials nach Aethiopien beigelegt wurde. Die Bundesbehörden liessen sich irreführen und erteilten die verlangten Bewilligungen. Das Material wurde daraufhin zum Scheine nach Aethiopien geliefert, im Ausland aber nach Aegypten umgeleitet. Es handelte sich um 220 Geschütze 20 mm und 51'420 Schuss 20 mm Munition. Acht weitere Geschütze, die für Nigeria bestimmt waren und sich bereits in Marseille befanden, wurden ebenfalls nach Aegypten geliefert. Dieses Land erhielt so Kriegsmaterial im Werte von Fr. 6'505'320.--.

Der Kaufpreis wurde 1968 von der ägyptischen Botschaft in Bern in vier Teilzahlungen beglichen. Dreimal holte Meili das Geld in Bern ab und händigte es

- 18 -

Abplanalp aus. Einmal war er begleitet von Seidemann, der zusammen mit einem weiteren Angestellten der WO die vierte Teilzahlung holen ging. Abplanalp wies die Industrie- und Handelsbank Zürich AG an, mit dem Geld Dollarchecks zu kaufen, die er bei der WO verbuchte und dann zum Inkasso und zur Gutschrift auf dem ordentlichen Konto der WO wieder der Bank zugehen liess. Zur Verheimlichung der verbotenen Lieferungen nach Aegypten soll Abplanalp 1968 ferner eine Anzahl Quittungen, Anzeigen der Bank über Gutschriften und Belastungen sowie Korrespondenzen beseitigt haben.

Als die Bundesbehörden am 30. Juli 1968 über die (vorgetäuschte) Kriegsmateriallieferung nach Aethiopien Auskunft verlangten, flog Gelbert im Einvernehmen mit Lebedinsky nach Addis-Abeba und liess sich dort von einem angeblichen Ato Abete Haile Mariam schriftlich bestätigen, die äthiopische Luftwaffe habe von der WO 320 Geschütze 20 mm und 277'250 Schuss 20 mm Munition gekauft. Eine Kopie dieser angeblich bereits am 15. Juli 1967 ausgestellten Bestätigung stellten sie hierauf den Bundesbehörden zu. Den mit Aegypten abgeschlossenen Kaufvertrag liess Meili Ende 1968 auf Weisung Lebedinskys vernichten.

7. Gelbert und Meili kamen anfangs 1968 überein, dem Libanon auf eine Bestellung hin Munition zu liefern. Lebedinsky billigte das geplante Geschäft. Mit Hilfe einer Endverbraucher-Erklärung, die sich Gelbert von einem

- 19 -

angeblichen Beamten des belgischen Generalstabes ausstellen liess, täuschten sie den Bundesbehörden in einem Ausfuhrgesuch vom 28. März 1968 vor, die darin aufgeführte Munition sei für Belgien bestimmt. Die Bundesbehörden vertrauten auf die Angaben und bewilligten die Ausfuhr. Die Munition wurde daraufhin zum Scheine nach Belgien ausgeführt, nachdem sie die Schweiz verlassen hatte, aber nach dem Libanon umgeleitet. Es handelte sich um 4'100 Schuss 20 mm Munition im Werte von Fr. 150'162.--.

Die schriftliche Bestellung Libanons liess Meili Ende 1968 auf Weisung Lebedinskys vernichten.

D.- Ende 1968 wurde gegen Angehörige der WO ein polizeiliches Ermittlungsverfahren und im Februar 1969 eine Voruntersuchung eröffnet. Nach Abschluss der Untersuchung erhob der Bundesanwalt am 10. Juni 1970 Anklage. Er beschuldigte:

Lebedinsky der wiederholten und fortgesetzten Urkundenfälschung im Sinne von Art. 251 Ziff. 1 Abs. 3 StGB, der Urkundenfälschung im Sinne von Art. 251 Ziff. 1 Abs. 1 und 2 StGB, der fortgesetzten Urkundenunterdrückung (Art. 254 Abs. 1 StGB) sowie der wiederholten und fortgesetzten vorsätzlichen Widerhandlung gegen Art. 18 Abs. 1 lit. b und c KMB;

Gelbert der wiederholten und fortgesetzten Urkundenfälschung (Art. 251 Ziff. 1 Abs. 3 StGB) sowie der wiederholten und fortgesetzten Widerhandlung gegen Art. 18 Abs. 1 lit. b und c KMB;

Meili der wiederholten und fortgesetzten Urkundenfälschung im Sinne von Art. 251 Ziff. 1 Abs. 3 StGB,

der Urkundenfälschung im Sinne von Art. 251 Ziff. 1 Abs. 1 und 2 StGB, der fortgesetzten Unterdrückung von Urkunden (Art. 254 Abs. 1 StGB), der wiederholten und fortgesetzten vorsätzlichen Widerhandlung gegen Art. 18 Abs. 1 lit. b und c KMB sowie der fortgesetzten (vorsätzlichen) Widerhandlung gegen Art. 19 Abs. 2 KMB;

Bührle der fortgesetzten Urkundenfälschung (Art. 251 Ziff. 1 Abs. 3 StGB) sowie der fortgesetzten vorsätzlichen Widerhandlung gegen Art. 18 Abs. 1 lit. b und c KMB;

Seidemann der wiederholten und fortgesetzten Urkundenfälschung (Art. 251 Ziff. 1 Abs. 3 StGB), der wiederholten und fortgesetzten Widerhandlung gegen Art. 18 Abs. 1 lit. b und c KMB sowie der wiederholten und fortgesetzten (vorsätzlichen) Widerhandlung gegen Art. 19 Abs. 2 KMB;

Rubli der Urkundenfälschung (Art. 251 Ziff. 1 Abs. 3 StGB) sowie der fortgesetzten vorsätzlichen Widerhandlung gegen Art. 18 Abs. 1 lit. b und c KMB;

Abplanalp der wiederholten Urkundenunterdrückung (Art. 254 Abs. 1 StGB) und der wiederholten Begünstigung (Art. 305 Abs. 1 StGB).

Durch Beschluss vom 15. Juli 1970 liess die Anklagekammer des Bundesgerichts die Anklage gegen alle Beschuldigten im Sinne der Anklageschrift zu.

Während der Hauptverhandlung ergänzte der Bundesanwalt die Anklage wie folgt: "Soweit den Angeklagten zur Last gelegt wird, vorsätzlich von gefälschten Endverbraucher-Erklärungen täuschenden Gebrauch gemacht zu haben, wird ihnen eventualiter auch vorgeworfen, zumindest den rechtlich erheblichen, aber unrichtigen Inhalt der Er-

- 21 -

klärungen gekannt oder geahnt und von diesen Urkunden täuschenden Gebrauch gemacht zu haben."

E.- Der Bundesanwalt beantragt, die Angeklagten im Sinne der Anklage schuldig zu sprechen und sie wie folgt zu bestrafen:

Lebedinsky mit einem Jahr Gefängnis und Fr. 50'000.-- Busse, ihm die Untersuchungshaft nicht anzurechnen, den bedingten Strafvollzug zu gewähren und fünf Jahre Probezeit zu setzen;

Gelbert mit elf Monaten Gefängnis und Fr. 5'000.-- Busse, ihm den bedingten Strafvollzug zu gewähren und fünf Jahre Probezeit zu setzen;

Meili mit neun Monaten Gefängnis und Fr. 2'000.-- Busse, ihm die Untersuchungshaft nicht anzurechnen, den bedingten Strafvollzug zu gewähren und vier Jahre Probezeit zu setzen;

Bührle mit acht Monaten Gefängnis und Fr. 200'000.-- Busse, ihm den bedingten Strafvollzug zu gewähren und vier Jahre Probezeit zu setzen;

Seidemann mit fünf Monaten Gefängnis und Fr. 2'000.-- Busse, ihm den bedingten Strafvollzug zu gewähren und drei Jahre Probezeit zu setzen;

Rubli mit 21 Tagen Gefängnis und Fr. 2'000.-- Busse, ihm den bedingten Strafvollzug zu gewähren und zwei Jahre Probezeit zu setzen;

Abplanalp mit 21 Tagen Gefängnis, ihm den bedingten Strafvollzug zu gewähren und zwei Jahre Probezeit zu setzen.

F.- Die Verteidigung beantragt:

Lebedinsky sei wegen wiederholter und fort-

gesetzter Widerhandlung gegen Art. 18 Abs. 1 lit. b KMB, Urkundenfälschung in den Anklagepunkten D/3 und F/4 (Art. 251 Ziff. 1 Abs. 2 bzw. Abs. 3 in Verbindung mit Ziff. 3 StGB) sowie wegen Urkundenunterdrückung (Art. 254 Abs. 1 StGB) milde zu bestrafen, im übrigen jedoch freizusprechen; es sei ihm die Untersuchungshaft anzurechnen und jedenfalls der bedingte Strafvollzug zu gewähren;

Gelbert sei im Sinne der Anklage schuldig zu sprechen und milde zu bestrafen;

Meili sei wegen einfacher Urkundenfälschung (Art. 251 Ziff. 1 Abs. 1 und 2 in Verbindung mit Ziff. 3 StGB) sowie wiederholter und fortgesetzter Widerhandlung gegen Art. 18 Abs. 1 lit. b KMB mit höchstens sechs Monaten Gefängnis zu bestrafen, im übrigen aber freizusprechen; die Strafe sei mit einer Probezeit von zwei Jahren bedingt aufzuschieben und die Untersuchungshaft anzurechnen;

Bührle sei von Schuld und Strafe freizusprechen;

Seidemann sei von Schuld und Strafe freizusprechen, eventuell zu einer Busse oder einer kurzen Gefängnisstrafe mit bedingtem Strafvollzug zu verurteilen;

Rubli sei wegen zweimaliger Widerhandlung gegen Art. 18 Abs. 1 lit. c KMB unter Anwendung von Art. 64 letzter Absatz StGB milde zu bestrafen, im übrigen jedoch freizusprechen; für den Fall einer Gefängnisstrafe sei ihm der bedingte Strafvollzug zu gewähren;

Abplanalp sei von Schuld und Strafe freizusprechen.

Das Bundesstrafgericht hat erwogen:

I.

1.- Widerhandlungen gegen den Kriegsmaterialbe-

schluss unterstehen der Bundesgerichtsbarkeit (Art. 22 Abs. 1 KMB). Die Gerichtsbarkeit des Bundes besteht auch hinsichtlich der dem Angeklagten Abplanalp zur Last gelegten Begünstigung. Die Anklage sieht dieses Vergehen darin, dass Abplanalp 1968 Belege beseitigt haben soll, um die verbotenen Lieferungen von Kriegsmaterial nach Saudi-Arabien und Aegypten zu verschleiern und die Beteiligten einer allfälligen Strafverfolgung zu entziehen. Die behauptete Begünstigung richtete sich gegen eine Verfolgung durch die Bundesbehörden und damit gegen die Bundesrechtspflege im Sinne von Art. 340 Ziff. 1 Abs. 5 StGB.

Nicht der Bundesgerichtsbarkeit unterstehen dagegen die den Angeklagten vorgeworfenen Urkundendelikte. Es geht weder bei den von Angeklagten verfälschten oder beseitigten Schriftstücken (Kaufverträge, Bestellungen, Belege) noch bei den von ihnen zur Täuschung gebrauchten (falschen) Endverbraucher-Erklärungen um Urkunden des Bundes im Sinne von Art. 340 Ziff. 1 Abs. 4 StGB; denn als Bundesurkunde gilt ein Schriftstück nur, wenn es von einer Behörde oder einem Beamten des Bundes, sei es in Ausübung staatlicher Hoheit, sei es in Erfüllung öffentlicher Aufgaben oder gewerblicher Verrichtungen, ausgestellt wird (vgl. BGE 39 I 245, 58 I 64, 69 IV 65 Erw. 2, 71 IV 153 Erw. 2).

Durch Beschluss vom 29. Januar 1969 hat der Bundesrat indes gemäss Art. 344 Ziff. 1 Abs. 1 StGB die Verfolgung und Beurteilung in der Hand der Bundesbehörden vereinigt, die Gerichtsbarkeit also auch hinsicht-

lich der Urkundendelikte dem Bundesgericht übertragen. Das Bundesstrafgericht ist daher für die Beurteilung aller Straftaten, die Gegenstand der Anklage sind, zuständig.

2.- Wer vorsätzlich in einem auf Grund des Kriegsmaterialbeschlusses eingereichten Gesuch unrichtige oder unvollständige Angaben macht, die für die Bewilligungserteilung wesentlich sind, oder ein von einem Dritten verfasstes Gesuch dieser Art verwendet, wird mit Gefängnis oder Busse bestraft (Art. 18 Abs. 1 lit. b KMB). Die gleichen Strafen droht der Beschluss demjenigen an, der Kriegsmaterial, für das er eine Ausfuhrbewilligung gemäss Art. 14 oder 15 besitzt, im In- oder Ausland nach einem andern als dem in der Bewilligung genannten Empfänger oder Empfangsort umleitet oder umleiten lässt (Art. 18 Abs. 1 lit. c KMB).

Die Verteidigung macht geltend, diese beiden Straftatbestände könnten nicht unabhängig voneinander erfüllt werden. Das Umleiten des Kriegsmaterials an ein anderes als das in der Bewilligung genannte Land sei die zwingende Folge des inhaltlich falschen Ausfuhrgesuches und ein solches Gesuch die notwendige Voraussetzung für das Umleiten. Das Verhalten des Täters, der mit unwahren Angaben eine Ausfuhrbewilligung erwirke und das Kriegsmaterial nachher umleite, werde daher schon von Art. 18 Abs. 1 lit. b erfasst. Der Bundesanwalt vertritt dagegen die Auffassung, eine Bestrafung nach lit. b gelte eine Handlung gemäss lit. c nicht ab, und umgekehrt.

Die Verteidigung übersieht, dass weder das Umleiten noch das Umleitenlassen zum Tatbestand von lit. b gehört. Schon daraus erhellt, dass diese Bestimmung das Verhalten des Täters, der im Bewilligungsverfahren entgegen seinen Absichten vorgibt, das Kriegsmaterial an das im Gesuch angegebene Land zu liefern, es dann aber nach einem andern umleitet, nicht nach allen Seiten erfasst, von einer unechten Gesetzeskonkurrenz im Verhältnis zu lit. c folglich nicht die Rede sein kann. Dass dem Umleiten hier (mit einer Ausnahme) stets ein Ausfuhrgesuch mit falschen Angaben vorausgegangen ist, hilft darüber nicht hinweg. Der Täter kann den Tatbestand von lit. b erfüllen, ohne sich zugleich nach lit. c zu vergehen. Das trifft z.B. zu, wenn er selber weder umleitet noch umleiten lässt, sondern sich mit dem Erschleichen der Ausfuhrbewilligung begnügt. Ebenso wenig lässt sich sagen, ein strafbares Umleiten setze notwendigerweise ein Ausfuhrgesuch mit falschen Angaben voraus. Wenn der Täter mit einem wahrheitsgemässen Gesuch eine Ausfuhrbewilligung erwirkt, sich dann aber entschliesst, das Kriegsmaterial nicht, wie er zunächst vorhatte, dem im Gesuch angeführten, sondern einem andern Land zu liefern, so macht er sich nur wegen Umleitens strafbar. So verhielt es sich z.B. bei der ersten Lieferung nach Malaysia (vgl. hierzu C/2).

Die Beispiele zeigen, dass lit. b und c sich auf verschiedene Vorgänge beziehen und Tatbestände enthalten, die unabhängig voneinander erfüllt werden können. Wer beide erfüllt, macht aber sowohl unter dem Gesichtspunkt des Erfolges als auch unter dem der Schuld mehr als

jemand, der nur entweder die eine oder die andere Straftat verübt; er ist daher nach beiden Bestimmungen strafbar (vgl. BGE 77 IV 92 Erw. 2).

3.- Die Verteidigung macht ferner geltend, Art. 18 Abs. 1 lit. b KMB erfasse nicht nur unrichtige und unvollständige Angaben, sondern auch Urkundenfälschungen, insbesondere den Gebrauch von falschen Endverbraucher-Erklärungen. Solche Erklärungen seien ausserhalb des Bewilligungsverfahrens rechtlich bedeutungslos; man habe sie hier jedenfalls nur benutzt, um die unwahren Angaben in den Ausfuhrgesuchen zu stützen. Auf diesen Tatbestand treffe aber gerade Art. 18 Abs. 1 lit. b KMB zu. Art. 251 StGB sei entgegen der Auffassung des Bundesanwalts nicht anwendbar.

Die Verteidigung will damit sagen, die Bestimmung des Spezialgesetzes gehe derjenigen des Strafgesetzbuches vor; sie beruft sich denn auch auf Spezialität. Solche wäre indes nur anzunehmen, wenn der Tatbestand des KMB denjenigen der Urkundenfälschung in allen Teilen in sich schliesse. Das trifft offensichtlich nicht zu. Art. 18 Abs. 1 lit. b KMB erwähnt weder die Merkmale der Urkundenfälschung noch den Gebrauch falscher Urkunden zur Täuschung der Behörden. Nach dieser Bestimmung macht sich vielmehr schon strafbar, wer in einem Gesuch unrichtige oder unvollständige Angaben macht, die für die Erteilung der Bewilligung wesentlich sind. Nicht nötig ist, dass der Täter die Angaben mit falschen Urkunden tarne. Da nicht in allen Fällen Endverbraucher-

Erklärungen verlangt werden, kann er schon mit einem inhaltlich falschen Gesuch eine Bewilligung erwirken. Art. 14 Abs. 3 KMB (Fassung gemäss BRB vom 27. Dezember 1967) sieht vor, dass Ausfuhrbewilligungen "in der Regel" nur erteilt werden, wenn die dort angeführten Voraussetzungen erfüllt sind. Der Wortlaut der Bestimmung lässt also Ausnahmen zu, insbesondere in dem Sinne, dass die Bewilligungsbehörde auf eine Endverbraucher-Erklärung verzichtet. Solche Ausnahmen sind auch hier gemacht worden. Im Falle Nigeria erwirkten die Angeklagten zwei, im Falle Israel sogar fünf Ausfuhrbewilligungen, ohne die inhaltlich unwahren Gesuche mit falschen Endverbraucher-Erklärungen zu stützen (s. hiervor C/3 und 4).

Ebensowenig ist der Gebrauch einer falschen Urkunde im Sinne von Art. 251 Ziff. 1 Abs. 3 StGB wertmässig, dem Verschulden und dem Unrecht nach (BGE 91 IV 213), im Tatbestand des Art. 18 Abs. 1 lit. b KMB enthalten, weshalb auch von Konsumtion nicht die Rede sein kann. Das ergibt sich schon daraus, dass diese Bestimmung bloss Gefängnis oder Busse, jene dagegen Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder Gefängnis androht. Wer unwahre Angaben im Bewilligungsverfahren mit falschen Urkunden deckt, der vergeht sich denn auch schwerer als derjenige, der sich mit unrichtigen oder unvollständigen Angaben im Gesuch begnügt. Sein strafbares Verhalten ist nur dann allseits erfasst und seine Schuld im vollen Umfange abgegolten, wenn neben Art. 18 Abs. 1 lit. b KMB auch Art. 251 StGB Anwendung findet. Mit dem Unrecht der Täuschung verhält es sich nicht anders. Mag mit falschen Angaben im Gesuche und einer entsprechenden Endverbrau-

cher-Erklärung auch das gleiche bezweckt werden, macht es doch einen Unterschied, ob der Täter es bei schriftlichen Lügen bewenden lässt oder sie mit einer falschen Urkunde belegt. Der im Gebrauch der falschen Endverbraucher-Erklärung liegende Unrechtsgehalt wäre aber nicht miterfasst und geahndet, wenn der Täter diesfalls einzig nach Art. 18 Abs. 1 lit. b KMB bestraft würde.

Dass es in dieser Bestimmung um Täuschungshandlungen gegenüber einer Behörde geht, ist kein Grund, den Täter zu privilegieren. Wer den Staat hintergeht, ist entgegen einer weit verbreiteten Auffassung nicht weniger strafwürdig als derjenige, der die Urkundenfälschung gegenüber einer Privatperson verübt. Die ausschliessliche Anwendung der mildern Spezialbestimmung ist insbesondere nicht schon deswegen am Platze, weil der Täter dem Getäuschten im ersten Fall in einem öffentlichrechtlichen Verhältnis untergeordnet, im zweiten jedoch gleichgeordnet gegenübersteht (vgl. Noll, ZStR 1959 S. 48). Wo eine Behörde, wie hier, zur Erfüllung ihrer Aufgaben darauf angewiesen ist, dass Gesuchsteller wahrheitsgemäss Angaben machen und echte Endverbraucher-Erklärungen beibringen, wiegen die Ausnützung täuschungsbegünstigender Umstände und die Ausbeutung von Vertrauen (vgl. Art. 9 Abs. 4 KMB) jedenfalls nicht weniger schwer als Täuschungshandlungen gegenüber einem Privaten. Die Strafbestimmungen des KMB enthalten denn auch nicht den geringsten Anhalt dafür, dass der Beschluss die strafbaren Handlungen im Bewilligungsverfahren wegen der Stellung des Täters abschliessend regle und auch die verwandten Tatbestände des StGB erfass-

se. Nach Art. 21 bis Abs. 2 KMB werden die besondern Bestimmungen des StGB vielmehr ausdrücklich vorbehalten.

Wer im Bewilligungsverfahren unwahre Angaben macht und sie mit einer falschen Endverbraucher-Erklärung tarnt, ist daher sowohl nach Art. 18 Abs. 1 lit. b KMB als auch nach Art. 251 Ziff. 1 Abs. 3 StGB strafbar. Die Lösung entspricht der Rechtsprechung des Kassationshofes, der jeweils Idealkonkurrenz annimmt, wenn sich der besondere Tatbestand mit demjenigen des StGB nicht deckt, für die gleichzeitige Anwendung beider Bestimmungen Raum bleibt und der Kumulation nicht eine besondere Kollisionsnorm des Spezialgesetzes entgegensteht (BGE 77 IV 46; 80 IV 39; 81 IV 118, 162, 247; 83 IV 139; 86 IV 92; 88 IV 137).

4.- Gelbert weigerte sich im Untersuchungsverfahren, über die Personen, die ihm die (falschen) Endverbraucher-Erklärungen besorgten, Auskunft zu geben. In der Hauptverhandlung erklärte er, dass das mit Briefkopf versehene Papier sowie die Stempel und Unterschriften auf den Schriftstücken echt, die darin enthaltenen Erklärungen dagegen erfunden seien.

Eine strafbare Falschbeurkundung liegt nur vor, wenn die Urkunde gerade dazu bestimmt ist, die erlogene Tatsache aufzunehmen und festzustellen (BGE 72 IV 72). Das trifft auf die von Gelbert eingebrachten Erklärungen zu. Die Endverbraucher-Erklärung ist die Bescheinigung einer ausländischen Regierungsstelle, dass

sie das in der Schweiz bestellte Kriegsmaterial nur für das eigene Land benötige und nicht wieder ausführe. Die Erklärung ist eine Tatsache von rechtlicher Bedeutung im Sinne des Art. 110 Ziff. 5 StGB, weil sie in der Regel vorliegen muss, damit die Ausfuhr bewilligt werden darf (Art. 14 Abs. 3 KMB, Fassung gemäss BRB vom 27. Dezember 1967). Indem die von Gelbert angegangenen Personen im Namen von Regierungs- oder hohen Verwaltungsstellen wider besseres Wissen solche Bescheinigungen ausstellten, haben sie daher rechtlich erhebliche Tatsachen unrichtig beurkundet. Lebedinsky und Gelbert anerkannten in der Hauptverhandlung denn auch ausdrücklich, dass es sich um inhaltlich falsche Urkunden, d.h. um Falschbeurkundungen handelte.

Urkundenfälschung und Gebrauch einer falschen Urkunde sind mit der gleichen Strafe bedroht, jedoch selbständige Tatbestände (Art. 251 Ziff. 1 StGB). Erfüllt der Täter beide, so darf er entweder nur wegen Fälschung oder bloss wegen Gebrauchs des Falsifikates bestraft werden (BGE 95 IV 73 Erw. b und c). Bei dieser Rechtslage kann im vorliegenden Fall dahingestellt bleiben, wie es sich mit den im Ausland veranlassten Falschbeurkundungen verhält, ob insbesondere das Gesetz am Begehungsorte für den Täter milder wäre (Art. 6 StGB). Der Bundesanwalt hat denn auch nur den Gebrauch der Falsifikate im Inland unter Anklage gestellt; dafür aber haben die Täter nach schweizerischem Recht einzustehen (Art. 7 Abs. 1 StGB).

5.- Die Verteidiger von Lebedinsky und Meili sind der Auffassung, die nachträgliche Verfälschung eines

Kaufvertrages im Falle Nigeria durch die Angeklagten (Anklage D/3) sei ein besonders leichter Fall im Sinne von Art. 251 Ziff. 3 StGB. Dasselbe sei von der falschen Bestätigung zu sagen, welche Gelbert sich auf Weisung Lebedinskys in Addis-Abeba beschaffte, um den Bundesbehörden eine verbotene Waffenlieferung nach Aegypten zu verheimlichen (Anklage F/4).

Ob ein besonders leichter Fall im Sinne von Art. 251 Ziff. 3 StGB gegeben sei, hängt von den gesamten Umständen ab, die bei der Abwägung des Verschuldens zu berücksichtigen sind (vgl. BGE 95 IV 26 Erw. c). Im vorliegenden Fall lassen die Umstände das Verschulden der Beteiligten nicht als geringfügig erscheinen. Welche Bedeutung die Angeklagten z.B. der falschen Bestätigung beimassen, erhellt daraus, dass Gelbert einzig zu deren Beschaffung nach Addis-Abeba reiste. Mögen die Angeklagten die zu beurteilenden Fälschungen auch vorwiegend in der Absicht verübt haben, verbotene Lieferungen von Kriegsmaterial zu vertuschen, so zeigt ihr Vorgehen doch, dass sie auch hier nicht davor zurückschreckten, Drittstaaten zur Irreführung schweizerischer Behörden zu missbrauchen. Zu einer andern Beurteilung besteht umso weniger Anlass, als das Gesetz bei der Abgrenzung der privilegierten von den einfachen Fällen einen strengen Massstab angelegt wissen will und der Richter Art. 251 Ziff. 3 StGB nicht leichthin anwenden soll (BGE 71 IV 216 Erw. 2).

6.- Die Verteidigung wendet ferner ein, die Angeklagten Lebedinsky und Meili seien berechtigt gewesen,

- 32 -

belastende Beweisstücke über verbotene Lieferungen vernichten zu lassen.

Der Einwand geht fehl. Es ist unbestritten und liegt zudem auf der Hand, dass es den Angeklagten bei der Beseitigung von Unterlagen wie bei den nachträglichen Fälschungen darum gegangen ist, sich der Strafverfolgung zu entziehen. Selbstbegünstigung ist freilich in der Regel nicht strafbar (BGE 72 IV 164, 73 IV 239). Wenn die Selbstbegünstigung in einer andern strafbaren Handlung besteht, entgeht der Täter der Strafe jedoch nicht (BGE 75 IV 179, 76 IV 106). Ein solcher Fall liegt hier vor. Wer wie die WO zur Führung von Geschäftsbüchern verpflichtet ist, hat nicht nur diese, sondern auch Geschäftskorrespondenzen während zehn Jahren aufzubewahren (Art. 962 OR). Die Pflicht der WO zur Aufbewahrung von Belegen und Korrespondenzen ergab sich zudem aus Art. 16 Abs. 4 KMB. Indem Lebedinsky und Meili Ende 1968 insbesondere Kaufverträge und Bestellungen, die sich auf verbotene Kriegsmateriallieferungen bezogen, vernichteten oder vernichten liessen, um der Strafverfolgung zu entgehen, setzten sie sich über diese Pflicht hinweg; sie unterdrückten Urkunden, über die sie nicht verfügen durften, und wollten sich durch die unerlaubte Handlung einen unrechtmässigen Vorteil im Sinne von Art. 254 Abs. 1 StGB verschaffen.

7.- Die Vorbereitung und Durchführung der verbotenen Lieferungen waren nie Sache eines einzigen Angeklagten, sondern stets die Arbeit mehrerer, die nach den

ihnen auch bei erlaubten Geschäften zukommenden Rollen oder Aufgaben bewusst und gewollt zusammenwirkten, um die Ausfuhr des Kriegsmaterials nach dem unter Embargo stehenden Lande zu ermöglichen. Das ist, wie der Bundesanwalt mit Recht bemerkt, Mittäterschaft. Soweit die Angeklagten zu den verbotenen Lieferungen in Kenntnis der wahren Sachlage beigetragen haben, sei es, dass sie als Vorgesetzte die Straftaten veranlasst oder sie nicht nach ihren Möglichkeiten verhindert, sei es, dass sie als Untergebene die Straftaten ausgeführt haben, sind sie daher als Mitäter zur Verantwortung zu ziehen.

II.

1.- Der Angeklagte Lebedinsky hat über die ihm zur Last gelegten Straftaten in der Untersuchung ein glaubwürdiges Geständnis abgelegt und dieses in der Hauptverhandlung ausdrücklich aufrechterhalten. Er hat vor Gericht insbesondere erklärt, dass er in allen Fällen, die Gegenstand der Anklage sind, von den verbotenen Geschäften Kenntnis gehabt, sie als Vorgesetzter gebilligt habe und dafür die Verantwortung übernehme. An der Vorbereitung einiger Geschäfte hat er selber aktiv mitgewirkt, indem er z.B. ein inhaltlich falsches Ausfuhrgesuch mitunterzeichnete, in Aegypten mit General Riad über Waffenlieferungen verhandelte und nicht nur mit diesem Lande, sondern auch mit Nigeria namens der WO Kaufverträge über Kriegsmaterial abschloss. Als Direktor der Waffen-Verkaufsabteilung hat er aber auch für die übrigen Fälle einzu-

- 34 -

stehen. Er war der Initiator der wiederholten und fortgesetzten Widerhandlungen gegen den KMB und der damit verbundenen Urkundenfälschungen. Das zeigt sich darin, dass er auch in Fällen, in denen er nach aussen nicht handelnd in Erscheinung trat, eine massgebende Rolle spielte. Als der Bundesrat gegenüber Südafrika ein Embargo verhängte, entschloss er sich, dieses Land mit Hilfe falscher Endverbraucher-Erklärungen weiterhin von der Schweiz aus zu beliefern. Er war es auch, der Gelbert veranlasste, solche Erklärungen für Lieferungen nach Südafrika und andern unter Embargo stehenden Ländern zu besorgen.

Die Bedeutung seiner Rolle erhellt insbesondere auch aus seinem Verhalten im Sommer und Herbst 1968, als die Bundesbehörden Verdacht schöpften und die Angeklagten mit einer Untersuchung rechneten. Anfangs August beauftragte er Gelbert, nach Addis-Abeba zu fliegen, um die falsche Bestätigung eines gewissen Mariam beizubringen, mit der die Leitung der WO sich gegenüber den misstrauisch gewordenen Bundesbehörden rechtfertigen wollte. Als die Untersuchung bevorstand oder bereits im Gange war, erteilte Lebedinsky die Weisung, belastende Aktenstücke, wie Verträge und Bestellungen, zu vernichten. Ferner liess er einen mit Nigeria geschlossenen Kaufvertrag über die Lieferung von Flab-Kanonen durch Meili so abändern, dass die Meinung entstand, die Urkunde beziehe sich auf ein erlaubtes Geschäft. Er hat sich dadurch der Urkundenfälschung im Sinne von Art. 251 Ziff. 1 Abs. 1 und 2 StGB sowie der Urkundenunterdrückung (Art. 254 Abs. 1 StGB) schuldig gemacht.

Lebedinsky hat sich nach seinen eigenen Aussagen bewusst über die Embargo-Beschlüsse des Bundesrates hinweggesetzt. Er war entschlossen, gleichwohl zu liefern, will sich aber nicht ein für allemal, sondern von Land zu Land für die Umgehung der Beschlüsse entschieden haben. Er begründete sein Verhalten vor allem damit, dass er der WO Kunden erhalten wollte, weil es angesichts der grossen Konkurrenz im internationalen Waffenhandel schwierig sei, verlorene Kunden zurückzugewinnen; dazu sei das Interesse der Firma an einer steten Fabrikation gekommen, was für die Programmierung und Entwicklung neuer Waffen wichtig sei. Durch die Umgehung der Beschlüsse hat Lebedinsky sich der wiederholten und fortgesetzten Widerhandlung gegen Art. 18 Abs. 1 lit. b und c KMB schuldig gemacht. Soweit dazu falsche Endverbraucher-Erklärungen verwendet worden sind, ist er ausserdem wegen wiederholter und fortgesetzter Urkundenfälschung im Sinne von Art. 251 Ziff. 1 Abs. 3 StGB zu verurteilen.

2.- Der Angeklagte Gelbert hat an den verbotenen Lieferungen nach Südafrika, Israel, Nigeria, Saudi-Arabien, Aegypten und dem Libanon mitgewirkt. Auf Veranlassung Lebedinskys besorgte er die falschen Endverbraucher-Erklärungen, welche teils einmal, teils wiederholt zur Täuschung der Bundesbehörden verwendet wurden. Eine dieser Erklärungen erhielt er angeblich von belgischen, zwei von äthiopischen, drei von iranischen und elf von französischen Regierungs- oder Verwaltungsstellen. Auf die Fragen, welche Personen ihm zu den falschen Urkunden verhalfen und wieviel er ihnen dafür bezahlte, wollte Gel-

- 36 -

bert weder in der Untersuchung noch in der Hauptverhandlung antworten. Er räumte in anderm Zusammenhang lediglich ein, dass man ihn auf Verbindungen aufmerksam gemacht habe, er im Ausland "so hoch wie möglich", mit Generalstäben, Ministern und Königen verkehrt habe und dass die Anbahnung und Vermittlung von Geschäften im internationalen Waffenhandel viel Geld koste. Dies lässt auf hohe Belohnungen schliessen.

Gelbert übergab die falschen Endverbraucher-Erklärungen Lebedinsky oder Meili, will sich dann aber nicht mehr um sie bekümmert haben. Er wusste jedoch, dass damit den Bundesbehörden erlaubte Lieferungen vorgetäuscht und Embargo-Beschlüsse des Bundesrates umgangen wurden. Wegen der Rolle, die er dabei spielte, wollte er seine Stelle bei der WO denn auch mehrmals aufgeben, brachte den Mut zur Kündigung aber nicht auf. Seine Mitwirkung beschränkte sich übrigens nicht darauf, erfundene Erklärungen einzubringen. Im Falle Israel hat er wiederholt Bestellungen entgegengenommen und selber bearbeitet. Im Falle Nigeria hat er zwei falsche Ausfuhrgesuche mitunterzeichnet und die falsche Bestätigung des Mariam eingeholt. Bei zahlreichen Lieferungen sorgte er zudem durch Weisungen an die Speditionsfirma dafür, dass das Kriegsmaterial nach dem Bestimmungsland umgeleitet wurde. Auch hat er Lebedinsky auf die Möglichkeit aufmerksam gemacht, Saudi-Arabien mit Raketen zu beliefern. Wenn er bei einigen Lieferungen nach Israel angenommen haben

will, es handle sich nicht um Kriegsmaterial, so verdient er angesichts seines Einsatzes und seines an der Hauptverhandlung selbst bekundeten besondern Interesses für dieses Land keinen Glauben. Er hat mit der Möglichkeit, dass die Lieferungen Kriegsmaterial enthielten, jedenfalls gerechnet und sie in Kauf genommen, folglich zumindest mit Eventualvorsatz gehandelt.

Gelbert ist daher im Sinne der Anklage, die sein Verhalten richtig gewürdigt hat, schuldig zu erklären.

3.- Der Angeklagte Meili hat in allen Fällen, die Gegenstand der Anklage sind, in der einen oder andern Weise aktiv mitgewirkt. Er kannte den Waffenhandel aus langjährigen Erfahrungen und gehörte denn auch von Anfang an zu den Eingeweihten. Er wusste insbesondere, dass Embargo-Beschlüsse des Bundesrates umgangen werden sollten und die zur Täuschung der Bundesbehörden benutzten Endverbraucher-Erklärungen erlogen waren. Statt Widerstand zu leisten, hat er als Leiter der Administration oder Sachbearbeiter von Geschäften aus arabischen Staaten, wie er sich in der Hauptverhandlung ausdrückte, einfach mitgemacht. Seine Rolle erhellt vor allem daraus, dass er namens der WO die Kaufverträge mit Nigeria und Aegypten sowie über vierzig falsche Ausfuhrgesuche mitunterzeichnet hat. Wenn er bei einzelnen Lieferungen das Bestimmungsland nicht gekannt haben will, hat er doch unbekümmert darum mitgemacht und zumindest eventualvorsätz-

lich gehandelt. Im Falle Israel erklärte er denn auch, er habe gewusst, dass das Kriegsmaterial für dieses Land bestimmt war, hätte die Ausfuhrgesuche aber auch unterschrieben, wenn ihm der Bestimmungsort nicht bekannt gewesen wäre. In Kenntnis des Sachverhaltes hat Meili ferner die Betriebsaufträge ausfertigen lassen, die zur Verheimlichung der Straftaten in der WO auf ein Tarnland oder einen Decknamen (z.B. Sophie) lauteten; die meisten Aufträge hat er zudem selber unterschrieben. Schliesslich hat er die Speditionsfirma in vielen Fällen angewiesen, das ausgeführte Kriegsmaterial nach dem Bestimmungsland umzuleiten.

Meili will bisweilen Bedenken gehabt haben, weiter mitzumachen, hat die Skrupel nach seinen Angaben aber "von Fall zu Fall wieder beerdigt", weil er aus Altersgründen die Stelle nicht mehr wechseln wollte. Wegen seiner Mittäterschaft bei der Vorbereitung und Durchführung der verbotenen Lieferungen ist er daher der wiederholten und fortgesetzten Urkundenfälschung im Sinne von Art. 251 Ziff. 1 Abs. 3 StGB sowie der wiederholten und fortgesetzten Widerhandlung gegen Art. 18 Abs. 1 lit. b und c KMB schuldig zu erklären.

Indem er einen mit Nigeria geschlossenen Kaufvertrag nachträglich auf Weisung Lebedinskys abänderte, um den Untersuchungsbehörden ein erlaubtes Geschäft vorzutäuschen zu können, hat Meili sich ferner der Urkundenfälschung im Sinne von Art. 251 Ziff. 1 Abs. 1 und 2 StGB schuldig gemacht. Auf Weisung Lebedinskys hat er zu Beginn der Untersuchung ausserdem zusammen mit einer Sekre-

tärin belastende Aktenstücke, insbesondere einen mit Nigeria (Anklage D/3) und den mit Aegypten geschlossenen Kaufvertrag (Anklage F/5) sowie eine schriftliche Bestellung des Libanons (Anklage G/3) vernichtet. Dass er auch in den Fällen Südafrika und Malaysia (Anklage A/4 und B/3) bei der Vernichtung von Unterlagen mitwirkte, konnte ihm nicht nachgewiesen werden. Er ist daher in den ersten drei Fällen der fortgesetzten Urkundenunterdrückung im Sinne von Art. 254 Abs. 1 StGB schuldig zu erklären, in den beiden letzten dagegen von der Anklage freizusprechen.

Freizusprechen ist Meili auch von der Anklage, Art. 19 Abs. 2 KMB zuwidergehandelt zu haben. Nach dieser Bestimmung macht sich strafbar, wer unerlaubte Geschäfte über Kriegsmaterial finanziert oder deren Finanzierung vermittelt, d.h. für solche Geschäfte Kapital beschafft oder beschaffen hilft. Das hat Meili dadurch, dass er 1968 als Angestellter der WO bei der ägyptischen Botschaft in Bern dreimal Geld abholte, das Aegypten der Firma aus dem Kauf von Waffen und Munition schuldete (vgl. hiervor C/6), nicht getan.

4.- Der Bundesanwalt wirft Bührle fortgesetzte Urkundenfälschung sowie fortgesetzte vorsätzliche Widerhandlung gegen Art. 18 Abs. 1 lit. b und c KMB vor; fahrlässige Widerhandlungen gegen diese Bestimmungen der KMB wären als Uebertretungen bereits verjährt. Der Bundesanwalt hat gegen Bührle jedoch einzig im Falle Südafrika Anklage erhoben, weil ein hinreichender Beweis dafür, dass der Angeklagte bei unerlaubten Lieferungen an andere Län-

der vorsätzlich mitgewirkt oder solche Lieferungen bewusst geduldet habe, nicht zu erbringen gewesen sei. An diese Beschränkung der Anklage auf ein Land ist das Gericht gebunden; denn es darf gemäss Art. 169 Abs. 1 BStP nur die Tat beurteilen, auf die sich die Anklage bezieht.

Der Bundesanwalt macht nicht geltend, Bührle habe nach dem Erlass des Embargo-Beschlusses vom 6. Dezember 1963 an der Belieferung Südafrikas aktiv mitgewirkt. Anhalte für eine solche Mitwirkung des Angeklagten an verbotenen Lieferungen nach Südafrika hat auch die Hauptverhandlung nicht ergeben. Es fragt sich indes, ob Bührle nicht deswegen zu bestrafen sei, weil er nichts gegen die verbotenen Lieferungen vorgekehrt, die ihm zur Last gelegten Straftaten also durch Unterlassung verübt hat. Der Bundesanwalt sieht das strafbare Verhalten des Angeklagten denn auch darin, dass dieser vom November 1964 bis Ende März 1968, statt als Gesellschafter und oberster Chef der WO einzuschreiten und die rechtswidrige Belieferung Südafrikas ein für allemal abzustellen, vorsätzlich untätig geblieben sei.

a) Kann ein Begehungsdelikt nach seinem Sinn und Wortlaut sowohl durch Tun wie durch (unechte) Unterlassung verübt werden, so ist unter bestimmten Voraussetzungen auch die Unterlassung strafbar. Zu diesen Voraussetzungen gehört insbesondere, dass der Urheber der Unterlassung rechtlich verpflichtet war, die mit Strafe bedrohte Gefährdung oder Verletzung des geschützten Rechtsgutes zu verhindern. Die Rechtspflicht zum Handeln kann sich aus gesetzlicher Vorschrift, aus Vertrag oder auch aus den Um-

ständen ergeben (vgl. BGE 81 IV 121 unten). Voraussetzung ist ferner, dass der Unterlassende die ihm obliegende Pflicht schuldhaft verletzt hat und dass er den Eintritt des verpönten Erfolges durch pflichtgemässes Verhalten hätte verhüten können. Die Strafbarkeit des unechten Unterlassungsdeliktes findet ihre Rechtfertigung darin, dass derjenige, der verpflichtet ist, durch Handeln einen bestimmten Erfolg abzuwenden, und dazu auch in der Lage ist, aber untätig bleibt, grundsätzlich ebenso strafwürdig ist wie derjenige, der den Erfolg durch Tun herbeiführt (BGE 79 IV 147, 81 IV 202, 86 IV 220 und dort angeführtes Schrifttum).

Ob die Pflicht Bührles, gegen die verbotene Belieferung Südafrikas einzuschreiten und einer weiteren Missachtung des Embargo-Beschlusses durch Massnahmen vorzubeugen, sich bereits aus Art. 9 Abs. 4 und 21 KMB ergebe, wie der Bundesanwalt geltend macht, kann offen bleiben. Sie ergibt sich jedenfalls aus der Stellung und Rolle, welche der Angeklagte während der kritischen Zeit im Familienunternehmen eingenommen hat. Er war einziger Komplementär der Kommanditgesellschaft und, als diese im Frühjahr 1967 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde, bis Ende 1968 einziger Verwaltungsrat. Tatsächlich war er der oberste Leiter der WO und der nach aussen in Erscheinung tretende Inhaber der Firma. Als Haupt der WO und nach der beherrschenden Rolle, die er innehatte, wäre er aber verpflichtet gewesen, sogleich durchzugreifen und für Abhilfe zu sorgen, als er erkennen konnte, dass die Leitung der Waffen-Verkaufsabteilung sich über den Embargo-Beschluss des Bundesrates hinwegsetzte.

b) Bührle versucht diese Pflicht übrigens nicht zu bestreiten, behauptet aber, er habe erst anfangs Juli 1965 von Dr. Blättler und dann auch von Lebedinsky erfahren, dass Frankreich nur als Tarnland diene und das Kriegsmaterial nach Südafrika weitergeleitet wurde. Er habe daraufhin sogleich angeordnet, dass dieses Land nur noch aus einem Unternehmen im Ausland beliefert werde.

Die WO lieferte Südafrika am 9. April und 4. August 1964, also nachdem der Embargo-Beschluss längst erlassen war, je 108'000 Schuss 30 mm Munition. Dass Bührle um diese Lieferungen gewusst habe, konnte ihm nicht nachgewiesen werden und wirft ihm die Anklage auch nicht vor. Nach der Auffassung des Bundesanwalts war der Angeklagte dagegen vom November 1964 an im Bilde, da er zwischen dem 19. Oktober und dem 2. November von Lebedinsky unterrichtet worden sei. Die Beschuldigung stützt sich auf eine Aussage Lebedinskys, der im Ermittlungsverfahren erklärte, er habe Bührle damals anlässlich einer Besprechung persönlich von der weiteren Belieferung Südafrikas über Frankreich Kenntnis gegeben. Bührle bestritt dies und behauptete, Lebedinsky habe ihm erklärt, die von Südafrika bestellten Geschütze hätten nun zu einem Truppentest nach Frankreich geliefert werden können; die Erklärung habe ihn beruhigt und er habe sich lediglich gefragt, ob Frankreich die Geschütze nach Südafrika verkaufen könnte. Lebedinsky hielt an seiner belastenden Aussage zunächst fest, auch als er Bührle gegenübergestellt wurde, rückte dann aber mit der Begründung davon ab, dass er die Besprechung vom Oktober/November 1964 mit einer spätern von anfangs Juli 1965

verwechselt haben müsse und die Darstellung Bührles zutreffe. Im gleichen Sinne äusserte er sich in der Hauptverhandlung. Bei diesen einander widersprechenden Aussagen Lebedinskys darf trotz schwerwiegenden Verdachts ein Mitwissen Bührles schon seit November 1964 nicht als bewiesen gelten, zumal Dr. Blättler als Zeuge erklärte, bei der Besprechung von anfangs Juli 1965 habe er den Eindruck erhalten, der Angeklagte erfahre etwas Neues.

Als Bührle am 1. oder 2. Juli 1965 mit Sicherheit den wahren Sachverhalt erfuhr, begnügte er sich nach seinen eigenen Aussagen mit der Bemerkung, man solle mit der Belieferung Südafrikas aus der Schweiz Schluss machen. Diese Bemerkung war nach den bereits in Missachtung des Embargo-Beschlusses getätigten Geschäften nicht geeignet, weiteren Verletzungen der Sperre vorzubeugen. Wenn er auch nicht immer anwesend sein konnte, wäre er als Firmeninhaber und oberster Chef der WO doch verpflichtet gewesen, Lebedinsky und dessen Untergebene unmissverständlich vor neuen Verstössen zu warnen und die nötigen Kontrollmassnahmen anzuordnen. Es fehlte ihm indes offensichtlich am ernstlichen Willen, wirksam einzugreifen; nur so ist zu verstehen, dass die Waffen-Verkaufsabteilung bereits mit Ausfuhrgesuch vom 5. August 1965 eine weitere Lieferung nach Südafrika vorzubereiten und mit verbotenen Geschäften im bisherigen Umfange bis Ende März 1968 fortzufahren wagte. Auch hat Bührle sich nie erkundigt, obwohl er sich früher gerade für die Belieferung von Südafrika besonders interessierte; er blieb vielmehr während Jahren untätig. Sein Verhalten kann nur so ausgelegt werden, dass er mit weiteren direkten Lieferungen der WO nicht bloss rechnete, son-

dern damit einverstanden war. Er erklärte in der Hauptverhandlung denn auch, dass er wegen der direkten Belieferung Südafrikas "nicht unglücklich" gewesen sei, weil er das Embargo als Gefährdung dieser Geschäftsmöglichkeit angesehen und es übrigens für politisch unklug gehalten habe. Sein fortgesetztes und bewusst pflichtwidriges Verhalten nach dem 2. Juli 1965 erfüllt den Begriff des Eventualvorsatzes (vgl. BGE 86 IV 15 Erw. 5 und 6). Bührle ist daher als Mittäter der Widerhandlungen gegen den KMB zu betrachten, welche Lebedinsky, Gelbert und Meili durch die Belieferung Südafrikas nach diesem Zeitpunkt begangen haben.

c) Die Frage, ob Bührle sich durch sein passives Verhalten überhaupt der Urkundenfälschung im Sinne von Art. 251 Ziff. 1 Abs. 3 machen konnte, seine Unterlassung insbesondere tatbestandsmässig gewesen sei und der Begehung der Straftat durch ein Tun gleichzustellen wäre, braucht nicht näher geprüft zu werden, weil der subjektive Tatbestand jedenfalls nicht nachgewiesen ist. Als Inhaber der WO wusste Bührle sicher Bescheid über die Voraussetzungen, welche eine Firma erfüllen muss, um Kriegsmaterial ordnungsgemäss ausführen zu können. Er wusste im vorliegenden Fall auch, dass Frankreich als Tarnland benutzt und das Kriegsmaterial von dort nach Südafrika weitergeleitet wurde. Dagegen bestehen Zweifel, ob er sich auch darüber Rechenschaft gegeben habe, dass die Belieferung Südafrikas mit Hilfe falscher Endverbraucher-Erklärungen verwirklicht wurde. Da ein ausreichender Beweis hierüber fehlt, ist der Angeklagte in diesem Punkte freizusprechen.

5.- Der Angeklagte Seidemann hat von 1964 bis 1968 in zahlreichen Fällen bei der Vorbereitung und Durchführung von unerlaubten Lieferungen mitgewirkt, indem er insbesondere Ausfuhr- und Transitgesuche mitunterzeichnete. Dass er schon vor dem 16. Mai 1967, als er von Maili die administrative Leitung der Waffen-Verkaufsabteilung übernahm, in Kenntnis des wahren Sachverhaltes mitgemacht habe, konnte ihm nicht nachgewiesen werden und wird ihm von der Anklage auch nicht vorgeworfen. Nach seinen Behauptungen in der Hauptverhandlung will Seidemann indes selbst nach dem 16. Mai noch gutgläubig gewesen sein, weil er die vorgelegten Schriftstücke unterschrieben habe, ohne sie zu lesen.

Dem ist vorweg entgegenzuhalten, dass Seidemann in der Voruntersuchung zumindest teilweise geständig war, z.B. mit Bezug auf ein Transitgesuch, das vom 18. Mai 1967 datiert ist und nach seinem Wortlaut eine Lieferung von 500'000 Zünderzündkapseln nach Israel betraf. Es widerspricht sodann der Erfahrung, dass ein Angestellter, der auf einen Posten mit erhöhter Verantwortung berufen wird, zu Beginn seiner neuen Tätigkeit blindlings alles unterschreibt, was ihm vorgelegt wird. Das passt auch nicht zu Seidemann, wird er vom Personalchef der WO doch als initiativer und interessierter Angestellter charakterisiert, der seine Aufgabe rasch erfasse. Im übrigen ist zu den einzelnen Anklagepunkten folgendes zu sagen:

a) Im Falle Südafrika wird Seidemann von der Anklage beschuldigt, am 13. und 16. Juni 1967 zwei für die französischen Behörden bestimmte Transitgesuche, Ende

- 46 -

Juni 1967 zudem ein Ausfuhrgesuch mitunterzeichnet zu haben (Anklage A/3/1 und 2). Die Transitgesuche bezogen sich auf 400'000 und 150'000 Schuss 30 mm Munition, welche die WO lieferte. Das Ausfuhrgesuch betraf Munition, Flabvisiere und einen optischen Zielzeiger. Diesem Gesuch wurde zur Täuschung der Bundesbehörden eine falsche Endverbraucher-Erklärung aus Frankreich beigelegt.

Bei den Transitgesuchen kann Seidemann mit seiner Behauptung, gutläubig gewesen zu sein, schon deshalb nicht gehört werden, weil aus den ersten drei Zeilen der Schriftstücke klar hervorgeht, dass das Kriegsmaterial aus der Schweiz stammte und Südafrika zugeleitet werden sollte, das, wie er wusste, unter einem Embargo-Beschluss des Bundesrates stand. Beim Ausfuhrgesuch sodann verdient er keinen Glauben, weil er sich teils auch mit der Beschaffung des Kriegsmaterials, das Gegenstand des Gesuches war, zu befassen hatte. Wie er in der Voruntersuchung ausführte, hatte er das Geschäft über die Flabvisiere zu bearbeiten, und zwar in Kenntnis der Tatsache, dass die Visiere für Südafrika bestimmt waren. Seine Arbeit bestand insbesondere darin, die Visiere bei der Firma Xamax in Oerlikon zu bestellen. Er wusste auch, dass die Flabvisiere zusammen mit anderem Kriegsmaterial versandt wurden und es einer Umleitung bedurfte (act. 531).

Im Falle Israel konnte Seidemann aus den von ihm mitunterzeichneten Transitgesuchen vom 25. Mai und 9. Juni 1967 (Anklage C/3/2) ebenfalls klar ersehen, dass es sich um verbotene Lieferungen der WO handelte. Die Gesuche betrafen 100 Trommelmagazine bzw.

- 47 -

20'000 Schuss 20 mm Munition, 1'000 Cobras (Panzerabwehrraketen) und 3'000 Raketen 8 cm. Im ersten Gesuch war Israel, im zweiten zur Täuschung der französischen Behörden, die am 7. Juni 1967 ein Embargo gegen Israel beschlossen hatten, dagegen Südafrika als Bestimmungsland angegeben. Dass die Trommelmagazine für Israel bestimmt waren, ist Seidemann nach seinen Aussagen in der Voruntersuchung übrigens nicht entgangen (act. 592), und dass er sich über die Lieferung der Raketen nach Israel erst nachträglich Rechenschaft gegeben haben will (act. 605), hilft ihm nicht; es handelte sich, was er nicht übersehen konnte, so oder anders um ein verbotenes Geschäft.

Im Falle Israel hat Seidemann ferner am 12. und 30. Juni, 29. August und 13. Dezember 1967 zusammen mit Meili je ein Ausfuhrgesuch unterzeichnet, in denen Frankreich als Bestimmungsland angegeben wurde, es sich in Wirklichkeit aber um Lieferungen nach Israel handelte (Anklage C/3/3). Seidemann hat an der Vorbereitung dieser Geschäfte, die zur Tarnung mit dem Decknamen Saale versehen wurden, auch sonst mitgewirkt. Weil das Material nicht von der WO, sondern von der Firma Contraves hergestellt wurde, hatte Seidemann es insbesondere dort zu bestellen. Der Deckname Saale bedeutete zudem für Eingeweihte soviel wie Israel (act. 626). Unter diesen Umständen kann sich Seidemann nicht damit herausreden, das Material sei von einer französischen Firma bestellt worden. Er nahm eine verbotene Lieferung jedenfalls in Kauf, handelte also zumindest eventualvorsätzlich.

Das ist Seidemann auch mit Bezug auf das von ihm mitunterzeichnete Ausfuhrgesuch vom 12. September 1968 entgegenzuhalten, in dem den Bundesbehörden gestützt auf eine falsche Endverbraucher-Erklärung eine beabsichtigte Lieferung nach Frankreich vorgetäuscht wurde, es aber um Munition für Israel ging (Anklage C/3/5). Damals wusste der Angeklagte seit langem, dass die Waffen-Verkaufsabteilung mit Kriegsmaterial verbotene Geschäfte tätigte und Frankreich als Tarnland anzugeben pflegte; er konnte daher im September 1968 längst nicht mehr gutgläubig sein.

Wegen seiner Mittäterschaft bei der Vorbereitung und Durchführung verbotener Lieferungen ist Seidemann in den Anklagepunkten A/3/1, A/3/2, C/3/2, C/3/3 und C/3/5 der wiederholten und fortgesetzten Urkundenfälschung im Sinne von Art. 251 Ziff. 1 Abs. 3 StGB sowie der wiederholten und fortgesetzten Widerhandlung gegen Art. 18 Abs. 1 lit. b und c KMB schuldig zu erklären.

b) Freizusprechen von diesen Anschuldigungen ist Seidemann dagegen in den Anklagepunkten C/3/1, C/3/4 und D/2/1, weil hier Zweifel über sein Wissen um den wahren Sachverhalt bestehen.

Im ersten Fall ging es um zwei auf Frankreich lautende Ausfuhrgesuche, die Seidemann am 23. Mai und 5. Juni 1967, also kurz nach seinem Uebertritt in die Waffen-Verkaufsabteilung, mitunterzeichnet hat. Nach den entsprechenden Transitgesuchen vom 18. Mai und 9. Juni 1967, die auf Embargo-Länder lauteten und

von ihm mitunterschrieben wurden, hätte er sich freilich über die Rechtswidrigkeit der Lieferungen Rechenschaft geben können. Er hat indes von Anfang an bestritten, den Zusammenhang zwischen den beiden Arten von Gesuchen erkannt zu haben, und das Gegenteil konnte ihm nicht nachgewiesen werden.

Im zweiten Fall hat Seidemann am 5. September 1968 ein Ausfuhrgesuch mitunterschrieben, in dem den Bundesbehörden mit Hilfe einer falschen Endverbraucher-Erklärung aus dem Iran eine beabsichtigte Lieferung von 6'000 Raketen 8 cm nach diesem Lande vortäuscht wurde; in Wirklichkeit ging es aber um eine Bestellung aus Israel. Nach den Aussagen von Gelbert und Lebedinsky wurde Seidemann über die Hintergründe dieses Geschäftes jedoch nicht aufgeklärt.

Dass Seidemann unterrichtet wurde oder den wahren Sachverhalt von sich aus erkannte, konnte ihm auch im Falle Nigeria nicht nachgewiesen werden. Es ist deshalb im Zweifel zugunsten des Angeklagten anzunehmen, dass er am 11. Juli 1967 zwei auf Aethiopien lautende Ausfuhrgesuche über 100 Geschütze 20 mm und 200'000 Schuss 20 mm Munition gutgläubig mitunterschrieben habe.

c) Freizusprechen ist Seidemann ferner von der Anklage, Art. 19 Abs. 2 KMB wiederholt und fortgesetzt zuwidergehandelt zu haben (Anklage D/2/2 und F/2). Der Bundesanwalt erblickt die Widerhandlung darin, dass der Angeklagte 1968 als Angestellter der WO

- 50 -

einmal in Paris und einmal in Bern Geld abholte, das Nigeria und Aegypten der Firma aus Waffenkäufen schuldeten. Solche Botengänge erfüllen indes, wie bereits ausgeführt worden ist (vgl. hiervor II/3 am Ende), den Tatbestand des Art. 19 Abs. 2 KMB nicht.

6.- Der Angeklagte Rubli hat im September 1964 als Sachbearbeiter an zwei Lieferungen von insgesamt 10 Geschützen 20 mm nach Malaysia mitgewirkt, das seit Februar 1964, wie er wusste, unter einer Ausfuhrsperre des Bundesrates stand. Auf Veranlassung Lebedinskys verwendeten Rubli und Meili dabei eine auf Indonesien lautende Ausfuhrbewilligung, liessen die Geschütze zum Scheine nach diesem Land ausführen, unterwegs aber nach Malaysia umleiten. Am 21. Juni 1965 hat Rubli ferner ein Ausfuhrgesuch mitunterzeichnet, in dem er den Bundesbehörden mit Hilfe einer Endverbraucher-Erklärung aus Thailand vortäuschte, die WO wolle diesem Land 28 Geschütze 20 mm liefern. Das Gesuch wurde bewilligt, die Bewilligung jedoch zur Belieferung Malaysias missbraucht, das auf diese Weise 14 weitere Geschütze erhielt.

Rubli hat seine Mitwirkung an den verbotenen Lieferungen in der Untersuchung und vor Gericht ausdrücklich anerkannt. Er hat sich durch seine Handlungsweise der einfachen Widerhandlung gegen Art. 18 Abs. 1 lit. b und der wiederholten Widerhandlung gegen Art. 18 Abs. 1 lit. c KMB schuldig gemacht.

Der Bundesanwalt macht geltend, die angeblich von der thailändischen Marinepolizei ausgestellte Endverbraucher-Erklärung sei gefälscht gewesen

und Rubli habe das gewusst. Der Angeklagte hat dies stets bestritten und insbesondere erklärt, er habe die Fälschung mangels Vergleichsmöglichkeiten nicht erkennen können. Das Gegenteil war ihm nicht nachzuweisen. Rubli ist daher von der Anklage der Urkundenfälschung im Sinne von Art. 251 Ziff. 1 Abs. 3 StGB freizusprechen.

7.- Der Angeklagte Abplanalp ist der wiederholten Urkundenunterdrückung (Art. 254 Abs. 1 StGB) und der wiederholten Begünstigung (Art. 305 Abs. 1 StGB) beschuldigt. Nach der Auffassung des Bundesanwalts sind die Straftaten darin zu erblicken, dass der Angeklagte 1968 in den Fällen Saudi-Arabien und Aegypten Eingänge von Zahlungen nicht sogleich dem ordentlichen Konto der WO gutschreiben und Quittungen und Bankbelege beseitigen liess, um verbotene Lieferungen von Kriegsmaterial zu verschleiern und die Beteiligten einer allfälligen Strafverfolgung zu entziehen (Anklage E/3 und F/3).

Zu einer Verurteilung wegen Urkundenunterdrückung fehlt es indes schon am Tatbestand. Weder die Untersuchung noch die Hauptverhandlung haben Anhalte ergeben, dass Abplanalp in einem Zeitpunkt, als er bereits mit einer Aufforderung zur Vorlegung von Unterlagen rechnen musste, solche vernichtet oder beseitigt hätte. Dazu kommt, dass er die Belege während des Verhörs von sich aus erwähnte und nur deshalb von Vernichtung gesprochen haben will, weil er sich auf die Einvernahme anhand der Akten vorbereiten wollte, aber

sich diese trotz Nachforschungen nicht beschaffen konnte. Im Falle Aegypten sind die Unterlagen übrigens nachträglich aufgefunden und vorgelegt worden. Akten, die er tatsächlich vernichten liess, sollen zudem keine Buchhaltungsbelege enthalten haben und bloss der Ordnung halber beseitigt worden sein.

Zu einer Verurteilung wegen Begünstigung sodann fehlt es jedenfalls am Vorsatz. Der Angeklagte hat stets bestritten, dass er Akten verlegt oder vernichtet habe, um Spuren zu beseitigen oder jemanden vor Strafverfolgung zu schützen. Dagegen hat er in der Untersuchung und in der Hauptverhandlung anerkannt, dass mit der Ueberweisung der Zahlungen auf verschiedene Konten die Geschäfte mit Aegypten und Saudi-Arabien auf Wunsch der Waffen-Verkaufsabteilung in der Buchhaltung getarnt worden sind. Selber will er der Tarnung jedoch keine Bedeutung beigemessen, insbesondere nicht daran gedacht haben, jemanden im Sinne von Art. 305 StGB zu begünstigen. Das Gegenteil konnte ihm nicht nachgewiesen werden.

Abplanalp ist daher in beiden Anklagepunkten mangels Beweises freizusprechen.

III.

1.- Gemäss Art. 63 StGB ist die Strafe nach dem Verschulden des Täters zuzumessen; zu berücksichtigen sind ferner die Beweggründe, das Vorleben und die persön-

lichen Verhältnisse des Beschuldigten. Das Verschulden ist umso grösser, je bedenkenloser und länger sich ein Angeklagter vergangen hat. Auch das Vorgehen, die Rolle und der Rang, die ein Angeklagter einnahm, sind für die Art und das Mass der Strafe von Bedeutung. Wer in führender Stellung war, wird strenger, wer untergeordnete Aufgaben erfüllte, milder bestraft.

Allgemein wird das Verschulden dadurch erhöht, dass die Grundbewilligung zur Herstellung von Kriegsmaterial nur gut beleumdeten und vertrauenswürdigen Personen oder Unternehmen erteilt wird (Art. 9 Abs. 4 KMB) und dass die WO das Vertrauen der Bundesbehörden genossen hat. Dieses Vertrauen haben die Angeklagten, wie der verbotene Umsatz von nahezu 90 Millionen Franken zeigt, während Jahren hemmungslos ausgenützt. Sie haben nicht bloss zahlreiche falsche Ausfuhrgesuche eingereicht und Kriegsmaterial nachher umgeleitet, sondern den Gesuchen in den meisten Fällen erlogene Endverbraucher-Erklärungen beigelegt, die von den Bundesbehörden, wie die Angeklagten wussten, nur sehr schwierig zu überprüfen waren. Sie liessen von ihren Straftaten auch dann nicht ab, als die Bundesbehörden wegen Meldungen aus Nigeria misstrauisch wurden, von der WO im April 1968 Auskunft verlangten und verschiedene Ausfuhrbewilligungen widerriefen; sie versuchten die Behörden vielmehr zu beschwichtigen, unter anderem mit einer falschen Bescheinigung aus Addis-Abeba, und fuhren mit den verbotenen Lieferungen bis gegen Mitte September 1968 fort. Als besonders verwerflich erscheint ihr Geschäftsgebaren im Falle Nigeria. Obschon zu gleicher Zeit insbesondere auch schweizerische Hilfsorganisationen mit Spenden der Bevölkerung die Leiden des Bürgerkrieges

- 54 -

in Nigeria zu mildern suchten, schreckten sie nicht davor zurück, diesem Land 1967/68 96 Flak-Kanonen und 100'000 Schuss 20 mm Munition zu liefern. Durch ihre Handlungsweise haben sie dem Ruf und Ansehen der Schweiz geschadet, dem Lande innen- und aussenpolitisch Schwierigkeiten bereitet.

Dass die Angeklagten nicht auf unmittelbare persönliche Vorteile ausgingen, sondern der WO Aufträge einbringen, Absatzgebiete erhalten oder neue Märkte erschliessen wollten, vermag sie nicht wesentlich zu entlasten. Der Vertrieb von Waffen und Munition ist nach Art. 41 BV nicht frei, und wenn der Bundesrat aus neutralitätspolitischen Gründen die Belieferung von kriegführenden oder konfliktbedrohten Ländern sperrt, so haben die Rüstungsbetriebe sich daran zu halten.

Ob die Embargo-Beschlüsse des Bundesrates nicht allen Verhältnissen genügend Rechnung tragen, wie von der Verteidigung behauptet wird, ist hier nicht zu untersuchen; der Richter hat die bestehenden Vorschriften anzuwenden und kann sich nicht in die Rüstungs- und Aussenpolitik einschalten.

2.- Der Angeklagte Lebedinsky ist am meisten belastet. Als Leiter der Waffen-Verkaufsabteilung hat er zugestandenermassen den Anstoss zu den Widerhandlungen gegen den KMB und den damit verbundenen Urkundenfälschungen gegeben. Statt das Vertrauen der Bundesbehörden zu rechtfertigen, ist er während Jahren mit einigen Untergebenen darauf ausgegangen, ihr Vertrauen auszunützen

und sie mit falschen Angaben und erlogenen Urkunden hinter Licht zu führen. Hätte er es im Falle Südafrika, wo die Ausfuhrsperrre des Bundesrates die vollständige Erfüllung eines Vertrages verhinderte, bei der Lieferung des 1961-1963 bestellten Kriegsmaterials bewenden lassen, so wäre sein Verhalten, wenn nicht entschuldbar, doch einigermaßen verständlich. Er fuhr mit den verbotenen Lieferungen jedoch hemmungslos und in immer grösserem Ausmasse fort. Nicht einmal Rückfragen der Bundesbehörden, die 1967/68 Verdacht schöpften, haben ihn von der Fortsetzung und Erneuerung seiner Vergehen abgehalten. Der hohe Betrag von verbotenen Lieferungen, die Zahl und Häufigkeit der Vergehen sowie die dabei bekundete Hemmungslosigkeit rufen einer strengen Strafe.

Andererseits ist dem Angeklagten zugute zu halten, dass er - abgesehen von einer weit zurückliegenden geringen Strafe - nicht vorbestraft ist, einen tadellosen Leumund genießt, seiner Firma zu dienen glaubte, nach anfänglichem Leugnen geständig war und vor Gericht freimütig die Hauptverantwortung für alle verbotenen Geschäfte übernommen hat.

Die vom Bundesanwalt beantragte Strafe erweist sich in Abwägung aller Umstände als zu niedrig; angemessen sind 18 Monate Gefängnis.

3.- Der Angeklagte Gelbert hat die meisten falschen Endverbraucher-Erklärungen eingebracht und dadurch in entscheidendem Masse zu den Straftaten anderer beigetragen. Er hat in zahlreichen Fällen die verbotenen Geschäfte überhaupt ermöglicht, indem er Mitangeklagten das

besondere Mittel verschaffte, mit dem die Bundesbehörden getäuscht und die Ausfuhrbewilligungen erwirkt wurden. Nach seiner Stellung und Rolle, die er bei der Vorbereitung und Durchführung der verbotenen Lieferungen eingenommen hat, gehört er zu den Hauptverantwortlichen. Sein Verschulden kommt demjenigen Lebedinskys denn auch nahe.

Gemindert wird sein Verschulden dadurch, dass er aus den Straftaten keine persönlichen Vorteile gezogen hat und vor allem im Interesse der WO gehandelt haben will. Zu berücksichtigen ist ferner, dass Gelbert, ausser mit einigen Polizeibussen, die hier nicht ins Gewicht fallen, nicht vorbestraft ist, dass er seine Mitwirkung weitgehend zugegeben hat, heute kränklich und daher besonders strafempfindlich ist.

Eine Gefängnisstrafe von 16 Monaten wird seiner Schuld gerecht.

4.- Der Angeklagte Meili war der willige Mitäter, der mit seinen Erfahrungen von Anfang an bis zur letzten verbotenen Lieferung mitwirkte. Dass er nur als Angestellter oder in untergeordneter Rolle mitgemacht habe, wie er in der Untersuchung und vor Gericht vorzugeben suchte, trifft nicht zu. Er nahm innerhalb der Waffen-Verkaufsabteilung vielmehr eine Schlüsselstellung ein, hatte er doch als Vertrauter Lebedinskys die verbotenen Geschäfte vorzubereiten und für deren Geheimhaltung im Betriebe zu sorgen. Er erscheint nach seiner Rolle und Teilnahme als der dritte unter den drei Haupt-

- 57 -

verantwortlichen, was auch im Strafmass zum Ausdruck kommen muss.

Strafmindernd ist zu berücksichtigen, dass Meili keine persönlichen Interessen verfolgte, nach anfänglichem Leugnen geständig war und durch seine Angaben viel zur Abklärung des Sachverhaltes beitrug, ferner dass er einen guten Leumund genießt und nicht vorbestraft ist. Rechnung zu tragen ist auch der Tatsache, dass der Angeklagte heute nahezu 70 Jahre alt ist.

Meili hat seine Schuld mit 15 Monaten Gefängnis zu sühnen.

5.- Der Angeklagte Bührle trug als oberster Chef der WO und Inhaber der Grundbewilligung (Art. 7 ff. KMB) eine besondere Verantwortung. Er hätte wirksam dafür sorgen müssen, dass verbotene Geschäfte mit Kriegsmaterial unterblieben. Das hat er gerade im Falle Südafrika bewusst nicht getan. Nach den erfolglosen Bemühungen, die er und Dritte 1963/64 beim Bundesrat unternahmen, um das Embargo gegen Südafrika rückgängig zu machen, wusste er, dass die WO mit einer längeren Sperre rechnen musste und fand sich vorübergehend damit ab. Als er spätestens am 2. Juli 1965 jedoch von der verbotenen Belieferung Südafrikas durch die WO erfuhr, griff er nicht durch, sondern liess den Dingen freien Lauf, um mit diesem Land im Geschäft zu bleiben.

Besonders erschwerend wirkt, dass er ein Wirtschaftsführer und Geschäftsmann von internationalem

Ansehen, Vertrauensmann der schweizerischen Behörden für Rüstungsfragen, Oberst im Generalstab und Jurist ist. Von einem Manne in solchen Verhältnissen wäre zu erwarten gewesen, dass er pflichtgemäss eingriff. Es darf mit Sicherheit angenommen werden, dass die Leitung der Waffen-Verkaufs-Abteilung dann nicht mehr gewagt hätte, weitere verbotene Geschäfte zu tätigen, weder mit Südafrika noch mit einem andern Lande, das unter einem Embargo stand. Bührle verhielt sich jedoch während Jahren bewusst passiv und liess Lebedinsky und dessen Mitarbeiter frei gewähren. Dazu kommt, dass er die verbotenen Lieferungen an Südafrika mit keinem Wort bedauerte; im Gegenteil: er machte vor dem Gericht kein Hehl daraus, über die weitere Belieferung Südafrikas durch die WO eine gewisse Genugtuung empfunden zu haben. Ihre Straftaten bedauert haben übrigens auch die andern Angeklagten nicht. Minderungsgründe wie guter Leumund und der Umstand, dass das Embargo gegen Südafrika die weitere Erfüllung eines Kaufvertrages durch die WO verunmöglichte, fallen angesichts der besonderen Verantwortung Bührles nicht ins Gewicht. Zu berücksichtigen ist dagegen, dass er - im Gegensatz zu Mitangeklagten - bloss wegen Verletzung des KMB durch Dulden von Lieferungen an Südafrika während 2 3/4 Jahren verurteilt werden kann.

Bührle ist mit 8 Monaten Gefängnis und einer Busse von Fr. 20'000.-- zu bestrafen. Die Geldstrafe müsste mit Rücksicht auf die finanziellen Verhältnisse des Angeklagten viel höher ausfallen, wenn ihm Gewinnsucht, d.h. ein hemmungsloses oder besonders ausgeprägtes, zur Sucht gewordenes Streben nach Gewinn (BGE 74 IV 142, 79 IV 118, 89 IV 17) nachzuweisen wäre. Dass Bührle durch sein passives Verhalten ein solches Streben nach Gewinn bekundet habe, lässt sich entgegen der Auffassung des Bundesanwalts jedoch nicht sagen. Dem Angeklagten ging es vor allem darum, bereits vor dem Erlass der Ausfuhrsperrre begonnene Lieferungen zu üblichen Geschäftsbedingungen fortzusetzen. Die Busse ist daher auf das gesetzliche Höchstmass zu beschränken (Art. 48 Ziff. 1 StGB).

Bührle weist ausser einigen kleinen Polizeibussen aus den Jahren 1956-1958 keinerlei Vorstrafen auf. Nach seinem Vorleben und Charakter darf angenommen werden, dass er sich durch eine Warnstrafe von weiteren Straftaten abhalten lässt. Der Vollzug der Freiheitsstrafe ist daher unter Auferlegung einer Probezeit von drei Jahren aufzuschieben. Die Probezeit gilt auch für die vorzeitige Löschung der Busse; diese Massnahme steht unter den gleichen Voraussetzungen wie der bedingte Strafvollzug (Art. 49 Ziff. 4 StGB).

6.- Dem Angeklagten Seidemann konnte nur in verhältnismässig wenigen Fällen eine bewusste Mitwirkung an verbotenen Geschäften nachgewiesen werden. Gleichwohl hat er als Nachfolger Meilis ebenfalls in nicht leicht zu nehmender Weise gegen Vorschriften des KMB und auch gegen das gemeine Strafrecht verstossen. Zu berücksichtigen ist ferner, dass er in der Untersuchung wenigstens teilweise geständig war, vor Gericht sich der Strafe aber durch Bestreitungen wieder zu entziehen suchte.

Seine Straftaten sind mit fünf Monaten Gefängnis zu ahnden. Seidemann geniesst einen guten Ruf und ist nicht vorbestraft. Trotz seiner mangelnden Einsicht vor Gericht kann ihm daher der bedingte Strafvollzug gewährt werden. Die Probezeit wird auf zwei Jahre festgesetzt.

7.- Rubli ist am wenigsten belastet. Er hat nur im Falle Malaysia in Kenntnis der Sachlage mitgewirkt.

- 60 -

Dass er sich zu Unrecht gegen Vorwürfe der Anklage gewehrt habe, konnte ihm nicht nachgewiesen werden. Drei Wochen Gefängnis sind seiner Schuld angemessen. Ob die Voraussetzungen für eine Strafmilderung gemäss Art. 64 letzter Absatz StGB gegeben seien, wie der Verteidiger geltend macht, kann offen bleiben; denn eine weitere Herabsetzung der Strafe ist so oder anders nicht gerechtfertigt (vgl. BGE 95 IV 119 und dort angeführte Urteile).

Rubli ist nicht vorbestraft und geniesst einen guten Leumund. Der bedingte Strafvollzug kann ihm ohne Bedenken gewährt werden. Die Probezeit wird auf zwei Jahre festgesetzt.

IV.

Lebedinsky befand sich wegen Kollusionsgefahr 17, Meili 10 Tage in Untersuchungshaft. Diese Haft ist den Angeklagten entgegen der Auffassung des Bundesanwaltes auf die Strafe anzurechnen. Die Untersuchung hat über ein Jahr, die Haft dagegen nur etwa zwei Wochen gedauert; es lässt sich deshalb nicht sagen, die beiden Angeklagten hätten durch ihr (anfängliches) Leugnen den Abschluss der Untersuchung verzögert (vgl. BGE 73 IV 93, 90 IV 73).

Meili, Bürhle, Seidemann und Rubli werden teilweise, Abplanalp ganz freigesprochen. Eine Entschädi-

- 61 -

gung ist ihnen deswegen nicht auszurichten, auch Abplanalp nicht, der sich durch die getarnten Buchungen dem Verdacht ausgesetzt hat, andere vor Strafverfolgung schützen zu wollen; sein Benehmen war jedenfalls leichtfertig (Art. 122 Abs. 1 und 176 BStP). Er liess denn auch sowenig wie die übrigen Angeklagten eine Entschädigung beantragen.

Aus diesen Gründen hat das Bundesstrafgericht

in Anwendung von Art. 7 Abs. 1, 18 Abs. 1, 41 Ziff. 1, 48 Ziff. 1, 49 Ziff. 4, 63, 68 Ziff. 1, 69, 251 Ziff. 1 Abs. 1, 2 und 3, 254 Abs. 1, 333 Abs. 1 und 342 StGB; Art. 18 Abs. 1 lit. b und c, 21 und 21^{bis} KMB; Art. 122 Abs. 1, 171, 172, 176 und 245 BStP

e r k a n n t :

I.

Es werden ohne Entschädigung freigesprochen:

1.- Max Meili

a) von der Anklage der Urkundenunterdrückung in den Anklagepunkten A/4 und B/3;

b) von der Anschuldigung der fortgesetzten Widerhandlung gegen Art. 19 Abs. 2 KMB;

2.- Dietrich Bührle

a) von der Anklage der fortgesetzten Urkundenfälschung im Sinne von Art. 251 Ziff. 1 Abs. 3 StGB;

b) von der Anschuldigung der fortgesetzten Widerhandlung gegen Art. 18 Abs. 1 lit. b und c KMB, angeblich begangen in der Zeit zwischen dem 2. November 1964 und dem 2. Juli 1965;

3.- Karl Seidemann

a) von der Anklage der fortgesetzten Urkundenfälschung und der fortgesetzten Widerhandlung gegen Art. 18 Abs. 1 lit. b und c KMB in den Anklagepunkten C/3/1, C/3/4 und D/2/1;

b) von der Anklage der wiederholten und fortgesetzten Widerhandlung gegen Art. 19 Abs. 2 KMB;

4.- Max Rubli von der Anklage der Urkundenfälschung;

5.- Hans Abplanalp

a) von der Anklage der wiederholten Unterdrückung von Urkunden;

b) von der Anklage der wiederholten Begünstigung.

II.

Es werden schuldig erklärt:

1.- Gabriel Lebedinsky

a) der wiederholten und fortgesetzten Urkundenfälschung im Sinne von Art. 251 Ziff. 1 Abs. 3 StGB;

b) der Urkundenfälschung im Sinne von Art. 251 Ziff. 1 Abs. 1 und 2 StGB;

c) der Unterdrückung von Urkunden im Sinne von Art. 254 Abs. 1 StGB;

d) der wiederholten und fortgesetzten Widerhandlung gegen Art. 18 Abs. 1 lit. b und c KMB;

2.- Alexandre Gelbert

a) der wiederholten und fortgesetzten Urkundenfälschung im Sinne von Art. 251 Ziff. 1 Abs. 3 StGB;

b) der wiederholten und fortgesetzten Widerhandlung gegen Art. 18 Abs. 1 lit. b und c KMB;

3.- Max Meili

a) der wiederholten und fortgesetzten Urkundenfälschung im Sinne von Art. 251 Ziff. 1 Abs. 3 StGB;

b) der Urkundenfälschung im Sinne von Art. 251 Ziff. 1 Abs. 1 und 2 StGB;

- 64 -

c) der fortgesetzten Unterdrückung von Urkunden im Sinne von Art. 254 Abs. 1 StGB in den Anklagepunkten D/3, F/5 und G/3;

d) der wiederholten und fortgesetzten Widerhandlung gegen Art. 18 Abs. 1 lit. b und c KMB;

4.- Dietrich Bührle der fortgesetzten Widerhandlung gegen Art. 18 Abs. 1 lit. b und c KMB, begangen in der Zeit zwischen dem 2. Juli 1965 und dem 28. März 1968;

5.- Karl Seidemann

a) der wiederholten und fortgesetzten Urkundenfälschung im Sinne von Art. 251 Ziff. 1 Abs. 3 StGB;

b) der wiederholten und fortgesetzten Widerhandlung gegen Art. 18 Abs. 1 lit. b und c KMB in den Anklagepunkten A/3/1, A/3/2, C/3/2, C/3/3 und C/3/5;

6.- Max Rubli der einfachen Widerhandlung gegen Art. 18 Abs. 1 lit. b und der wiederholten Widerhandlung gegen Art. 18 Abs. 1 lit. c KMB.

III.

Es werden verurteilt:

1.- Gabriel Lebedinsky zu 18 Monaten Gefängnis,

- 65 -

unter Anrechnung von 17 Tagen Untersuchungshaft;

2.- Alexandre Gelbert zu 16 Monaten Gefängnis;

3.- Max Meili zu 15 Monaten Gefängnis, unter Anrechnung von zehn Tagen Untersuchungshaft;

4.- Dietrich Bührle

a) zu acht Monaten Gefängnis, bedingt vollziehbar, mit einer Probezeit von drei Jahren;

b) zu einer Busse von Fr. 20'000.--;

5.- Karl Seidemann zu fünf Monaten Gefängnis, bedingt vollziehbar, mit einer Probezeit von 2 Jahren;

6.- Max Rubli zu drei Wochen Gefängnis, bedingt vollziehbar, mit einer Probezeit von zwei Jahren.

IV.

1.- Die Kosten des Verfahrens, inbegriffen eine Gerichtsgebühr von Fr. 5'000.--, werden Lebedinsky, Gelbert, Meili und Bührle je zu einem Fünftel, Seidemann und Rubli je zu einem Zehntel auferlegt unter solidarischer Haftung der Verurteilten Lebedinsky, Gelbert, Meili und Bührle.

2.- Die Werkzeugmaschinenfabrik Oerlikon, Bührle AG, Zürich, haftet solidarisch für die Busse und die Kosten des Verfahrens.

- 66 -

3. Die Freiheitsstrafen sind durch den Kanton Zürich zu vollziehen.

4. Die von Max Rubli geleistete Sicherheit wird freigegeben.

Die Parteien können gegen dieses Urteil innert zehn Tagen nach der Zustellung der vorliegenden Ausfertigung beim Präsidenten des ausserordentlichen Kassationshofes des Bundesgerichts die Nichtigkeitsbeschwerde (Art. 220 BStP) einreichen.

Lausanne, den 27. November 1970

Im Namen des Bundesstrafgerichts:

Der Präsident:

Der Gerichtsschreiber:

- 67 -

V e r f ü g u n g :

Gestützt auf Art. 245 und 246 BStP werden die Bar-	
auslagen der Voruntersuchung und des Hauptverfahrens,	
mit Einschluss der Kosten der Untersuchungshaft, fest-	
gesetzt auf	Fr. 2'902.50,
die Schreibgebühren für Ausferti-	
gungen und Abschriften auf	1'050.--
und die Kanzleiauslagen auf	10.50.
Die Gesamtkosten mit Einschluss	
der Gerichtsgebühr von	<u>5'000.--</u>
betragen somit	Fr. <u>8'963.--</u>

Lausanne, den 7. Dezember 1970

Der Präsident des Bundesstrafgerichts: